

Reissner, Johannes

Research Report

Irans neues Parlament: Was ist zu erwarten?

SWP-Studie, No. S 20/2004

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reissner, Johannes (2004) : Irans neues Parlament: Was ist zu erwarten?, SWP-Studie, No. S 20/2004, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252517>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Johannes Reissner

Irans neues Parlament

Was ist zu erwarten?

S 20
Mai 2004
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2004

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlußfolgerungen**
- 7 **Die arrangierten Wahlen**
- 7 Das Wahlergebnis
- 8 Vorauswahl: Wächterrat gegen Reformpolitiker
- 9 Endkampf in der Revolutionselite?
- 12 **Konservative Mitte – ein neuer »mainstream«?**
- 12 Personen und Gruppen
- 15 Abgrenzung gegen Hardliner
- 18 **Wie geht es weiter?**
- 18 Intern
- 18 *Politische Entwicklung*
- 19 *Wirtschaftsentwicklung*
- 21 Außenpolitisch
- 22 USA
- 23 *Die Nuklearfrage*
- 24 *Europa*
- 26 **Schlußfolgerungen: »Tod der Reformen?«
und europäische Iranpolitik**
- 28 **Abkürzungen**

Irans neues Parlament.

Was ist zu erwarten?

Bei den Wahlen zum 7. Parlament der Islamischen Republik Iran im Februar 2004 trugen die sogenannten pragmatischen Konservativen der Mitte den Sieg davon, nicht zuletzt aufgrund der massenhaften Zurückweisungen von Kandidaten der Reformbewegung durch den Wächterrat. Das Wahlergebnis wird im allgemeinen als Ende der Reform-Ära in Iran bewertet. Mit dramatischen Änderungen in der iranischen Politik wird aber nicht gerechnet. Signale, daß die gestärkten konservativen Machthaber an Verbesserungen im Verhältnis zu den USA interessiert sind, werden begrüßt. Für die internationalen Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm, das gegenwärtig das größte Problem in den amerikanischen und europäischen Beziehungen zu Iran darstellt, könnte dieser Sieg der Konservativen allerdings zur Belastung werden. Die Hardliner unter den Konservativen machen Druck, das im Dezember 2003 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag nicht zu ratifizieren und die Möglichkeit des Austritts aus dem Abkommen in Erwägung zu ziehen. Doch nicht konservative Hardliner haben die Wahlen gewonnen, sondern Vertreter jener pragmatisch konservativen Richtung, deren Hauptakteure in den entscheidenden Machtzentren für die Unterzeichnung des Protokolls zuständig waren. Nicht nur über die Atomfrage, sondern generell stehen Auseinandersetzungen zwischen dem pragmatischen Flügel des konservativen Lagers und den Hardlinern bevor.

Die Studie will ein zusammenhängendes Bild über die Wahlen und ihre Folgen für iranische Politik zeichnen. Dabei werden folgende Aspekte der inneren Dynamik Irans seit der Revolution vor 25 Jahren hervorgehoben:

1. Die Krise um die Wahlen ist nicht nur als Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen zu verstehen, sondern auch als – vielleicht letzter – Kampf zwischen dem ehemals linken und dem rechten Flügel innerhalb der revolutionären Elite.
2. Mit der neuen Parlamentsmehrheit der konservativen Kräfte festigt sich das seit der Revolution etablierte politische System in einer Phase, in der die nachrevolutionäre Generation in die Machtpositionen drängt. Die Gefahr, daß die Reformer

das politische System wirklich hätten abschaffen können, wie ihre Gegner behaupten, hat real nicht bestanden; in der Wahrnehmung der Probleme haben sich jedoch System- und Generationenkonflikt überlagert.

3. Das Abdrängen der führenden Reformpolitiker bedeutet nicht den »Tod« der Reformideen von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. Zunächst beendet sind jedoch die Versuche, bestehende Strukturen zu reformieren sowie konzeptionell und institutionell (über Neuinterpretation oder gar Änderung der Verfassung) ein neues Verhältnis von Religion und Politik zu begründen. Statt dessen ist eine fortschreitende Unterminierung des islamischen Anspruchs zu beobachten, die zum einen durch »pragmatische« Politik und zum andern durch zunehmende Desillusionierung weiter Kreise der Bevölkerung gefördert wird.
4. Die auf Zivilgesellschaft und Partizipation der Bürger ausgerichtete emanzipatorische Tendenz der Reformbewegung wird von einem stärker paternalistischen Verständnis von Politik verdrängt werden. Im Vordergrund stehen dabei die notwendige Verbesserung der ökonomischen Lebensverhältnisse der Bevölkerung und das von den Machthabern definierte nationale Wohl.

Die Wahlsieger, die unter dem Namen »Kultivierende des Islamischen Iran« angetreten sind, haben Effizienz, Wirtschafts- und Technologieentwicklung versprochen. Sie müssen – nicht zuletzt auch im Interesse der inneren Stabilität – die wirtschaftliche und soziale Misere großer Teile der Bevölkerung wenigstens lindern. Das könnte ihnen bis zu einem gewissen Grad auch gelingen, da sie die Rückendeckung der Handelsbourgeoisie und ihres einflußreichen politischen Vertreters haben, des früheren Staatspräsidenten Rafsanjani. Unwahrscheinlich aber ist, daß sie die rentierstaatlichen und monopolistischen Strukturen im iranischen Wirtschaftsleben aufbrechen können, selbst wenn sie sich dies zum Ziel gesetzt hätten. Weit mehr noch als die Elite der Reformpolitiker sind die pragmatischen wie auch die radikalen Konservativen mit eben diesen Strukturen verzahnt.

Das positive Bild von Iran als einem Land, das von innen heraus und auch unter Opfern um Demokratisierung ringt, wurde durch das restriktive Vorgehen des Wächterrats vor den Wahlen stark beschädigt. Dies belastet auch das europäisch-iranische Verhältnis, da die Europäer Fortschritte in den Reformprozessen zur Voraussetzung des Ausbaus der Beziehungen zu Iran gemacht haben. Es ist zwar möglich, daß die

Kombination von vornehmlich wirtschaftlich orientierten Interessen der iranischen Konservativen und der Tatsache, daß die konservativen Machthaber nun aus dem Hintergrund hervorgetreten sind und die Europäer insofern direkteren Zugang zu ihnen haben, die an sich schwierigen Verhandlungen vor allem im sicherheitspolitischen Bereich erleichtert. Es bleibt jedoch die Frage nach den Reformfortschritten, die die Akzeptanz europäischer Iranpolitik nicht zuletzt in der eigenen Öffentlichkeit erschweren kann.

In den letzten Jahren war der europäische Umgang mit Iran von dem Zwiespalt gekennzeichnet, daß die Kommunikation mit den Reformern leichter schien und bevorzugt wurde, das Gespräch mit den Konservativen hingegen im Interesse politischer Effektivität notwendig war. In der Reformbewegung konnten die Europäer auch eigene Ideale der Entwicklung von Demokratie und von dem Verhältnis zwischen Politik und Religion wiederfinden. Doch die polarisierende Wahrnehmung der politischen Kräfte als Reformers und Konservative beeinträchtigte die Wahrnehmung dessen, was in iranischer Politik konsensfähig ist. Die Rückeroberung des iranischen Parlaments durch die konservativen Kräfte sollte für europäische Politik eine Herausforderung sein, die Zielvorstellungen europäischer Iranpolitik in ihrem breit angelegten Ansatz zu verdeutlichen und zugleich die Vielfalt der bestehenden Beziehungen zu Iran zu nutzen, um ein klareres Bild von den tatsächlichen politischen Verhältnissen und Dynamiken im Land zu gewinnen. Dies wiederum erfordert mehr Intensität und Stetigkeit in der Auseinandersetzung und im Dialog mit Iran über die großen Problembereiche – Atomprogramm und Irakkrise – hinaus, auch wenn das politische Klima in Iran dazu dem ersten Anschein nach nicht einzuladen scheint.

Die arrangierten Wahlen

Das Wahlergebnis

Der Sieg der konservativen Kräfte bei den Wahlen zum 7. Parlament der Islamischen Republik Iran am 20. Februar 2004 galt schon in den monatelangen öffentlichen Diskussionen vor den Wahlen als sicher. Die massenhafte Zurückweisung von Kandidaten der Reformbewegung durch den Wächterrat sorgte für das von den konservativen Kräften in den Machtzentren gewünschte Ergebnis. Im ersten Wahldurchgang wurden 225 Kandidaten direkt gewählt: 156 Sitze gingen an die Konservativen, 39 an Reformen, 31 an Unabhängige und 5 an die religiösen Minderheiten der Christen, Juden und Zoroastrier. Für die verbliebenen 64 der insgesamt 290 Sitze des Parlaments bewarben sich 128 Kandidaten im zweiten Wahlgang am 7. Mai.¹ Unter den bisher Gewählten sind 10 Frauen – eine weniger als im Reformparlament.² Die Zahl der Kleriker hat sich auf 41 erhöht.³

Von der Reformkoalition »Zweiter Khorad« (benannt nach dem persischen Datum der Wahl Khatamis 1997), die insgesamt 18 Parteien und politische Gruppen umfaßt, hatten die beiden größten Parteien die Wahl boykottiert: die vom Bruder des Präsidenten, Mohammad Reza Khatami, geführte

Partizipationsfront und die von Behzad Nabavi geführte Organisation der Mojahedin der Islamischen Revolution. Jene Reformen, die sich an den Wahlen beteiligten, hatten sich in Teheran zur Liste »Koalition für Iran« zusammengeschlossen. Doch nicht einmal der Parlamentsvorsitzende Mehdi Karubi, der die Liste anführte, erhielt die für einen Einzug ins Parlament erforderliche Stimmenzahl; er verzichtete schließlich auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang.

Das größte Interesse der Machthaber galt der für die Legitimation des Regimes wichtigen Wahlbeteiligung. Sie lag nach amtlichen Angaben bei 50,73% (23 725 724 Wähler von 46 351 032 Wahlberechtigten). Dies war zwar die geringste Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in der Geschichte der Islamischen Republik, aber sie war höher als erwartet.⁴ Vor dem Hintergrund der in den USA und Europa erhobenen Kritik an den Zurückweisungen der Kandidaten und der in den westlichen Medien prophezeiten geringen Wahlbeteiligung erklärte Revolutionsführer Khamene'i die dann doch knapp über der 50%-Marke liegende Wahlbeteiligung zur »islamischen und nationalen Heldentat«:

»Nach zwei Monaten Nervenkrieg des Feindes, der nur der iranischen Nation die Hoffnung nehmen und die Wahlen unbedeutend (farblos) erscheinen lassen wollte, habt ihr ein weiteres Mal eure Wachsamkeit und euer Situationsbewußtsein gezeigt und die Größe dieser gläubigen und revolutionären Nation. [...] Die Tagträume der interventionistischen Imperialisten, die die Islamische Revolution ihrer populären Basis beraubt sehen wollten, habt ihr zunichte gemacht.«⁵

Auch wenn man die Ansicht des Revolutionsführers über die »populäre Basis« des Regimes nicht teilt, ist die erreichte Wahlbeteiligung von 50% nicht zu unterschätzen, da sie auf das beträchtliche Mobilisierungspotential des Regimes hinweist. Die weit verbreitete, in den internationalen und iranischen Medien immer wieder beschriebene politische »Apathie« der Bevölke-

1 Das iranische Wahlgesetz sieht einen zweiten Wahlgang vor, wenn Kandidaten eines Wahlbezirks nicht die notwendige Mindeststimmzahl (25%) erreichen, um im ersten Wahlgang direkt gewählt zu werden. Alle hier genannten Zahlen sind vorläufig; zur Zeit der Abfassung der Studie lief noch die Überprüfung der Wahlergebnisse durch den Wächterrat. Politische Zuordnungen sind Annäherungswerte, die sich gerade bei Konservativen und »Unabhängigen« an Wahllisten, nicht an Parteien orientieren. *Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL)*, Iran Report, 7 (1.3.2004) 9 (Internetversion); nach den Angaben auf der Webseite des Parlaments: <<http://mellat.majlis.ir/archive/1382/SEVENTHSELECTIONS/news3.htm#8>>; die Festsetzung des zweiten Wahlgangs: Vision of the Islamic Republic of Iran Network 1, nach BBC, Monitoring Service Middle East Political, 12.4.2004.

2 Im 6. (Reform-)Parlament 2000–2004 saßen 11 Frauen, im 5. (1996–2000) 14; Haleh Afshar, *Competing Interests: Democracy, Islamification and Women Politicians in Iran*, in: *Parliamentary Affairs*, (2002) 55, S. 109–118 (110).

3 Die Zahl der Kleriker nach der Zeitung *Shoma*, (4.3.2004) 353 (ohne Angabe der Zahl der Kleriker im vorangegangenen Parlament), zitiert in: *Akhbaar Ruz*, 24 (4.4.2004) 272.

4 Die Wahlbeteiligung der vorangegangenen Parlamentswahlen lagen bei 52,14% (1980), 64,64% (1984), 59,72% (1988), 57,81% (1992), 71,01% (1996) und 67,35% (2000); *Akhbaar Ruz*, 24 (23.2.2004) 265.

5 ISNA (Iranian Student News Agency), 20.12.1382 [21.2.2004], Nr. 8212-00975.

rung ist offensichtlich ein Phänomen der großen Städte, in denen die Wahlbeteiligung wie schon bei den Kommunalwahlen 2003 erheblich geringer war als im Landesdurchschnitt: Teheran (28,11%), Sanandaj (im Kurdengebiet, 29,32%), Tabriz (31,79%), Isfahan (31,79%), Shiraz (31,86%), Arak (32,79%), Rasht (34,51%), Ahvaz (41,66%).⁶ Die niedrigen Werte in den meisten Städten interpretierten die Reformer als Erfolg ihres Aufrufs zum Wahlboykott. Doch die geringe Wahlbeteiligung in den Städten ist in erster Linie auf die allgemeine Politikverdrossenheit – gerade auch auf den Verdruß über die Reformpolitiker – zurückzuführen. Im Großraum Teheran sollen von insgesamt 1 971 748 Stimmzetteln 188 468 leer oder ungültig gemachte abgegeben worden sein.⁷ Viele Iraner sahen sich wohl auch zur Teilnahme an den Wahlen gezwungen, da die Wahlbeteiligung durch einen Stempel im Paß dokumentiert wurde und Gerüchte im Umlauf waren, daß ein Fehlen des Stempels Auslandsreisen oder den Studienplatz gefährden könnte. Es gibt auch Informationen, daß Militärdienstleistende mit Bussen zu den Wahllokalen gefahren wurden. Aus den Berichten der auch diesmal wieder zahlreich zu den Wahlen angereisten ausländischen Journalisten geht zudem hervor, daß insbesondere das Kriterium »geheimer« Wahlen nicht wirklich erfüllt wurde.

Vorauswahl: Wächterrat gegen Reformpolitiker

Insgesamt hatte der Wächterrat 3535 (inklusive 82 Parlamentarier) von 8144 Bewerbern um eine Kandidatur zurückgewiesen.⁸ Dieses Vorgehen wurde in den westlichen Medien und von den meisten iranischen Reformpolitikern als Ausdruck von Machtmißbrauch verstanden. Unklar blieb jedoch, was den Wächterrat motiviert hatte, so rigoros gegen die Reformer vorzugehen, da es als sicher galt, daß sie ihre Mehrheit im Parlament ohnehin nicht würden halten können. Welche politischen und ideologischen Gründe haben ihn bewogen, das Risiko einzugehen, die Islamische

⁶ Zahlen der Webseite des Innenministeriums nach Akhbaar Ruz, 24 (23.2.2004) 265. Eine Wahlbeteiligung von mehr als 50% erreichten die Städte Qom (50,57%), Yazd (59,39%), Zahedan (67,41%) und Kohkiluyeh (99,95%).

⁷ RFE/RL, Iran Report, 7 (1.3.2004) 9 (Internetversion).

⁸ Die Zahlen nach RFE/RL, Iran Report, 7 (19.1.2004) 3 (Internetversion).

Republik in eine ihrer tiefsten innenpolitischen Krisen zu stürzen?

Kaum waren die Zurückweisungen am 10. Januar bekannt geworden, drohten die Gouverneure aller 28 Provinzen mit Rücktritt. Die Parlamentarier der Reformparteien begannen einen Sitzstreik im Parlament, den sie 22 Tage lang bis kurz vor den Wahlen durchhielten. Unmittelbar vor den Wahlen legten insgesamt 128 Parlamentarier aus Protest gegen die Kandidatenzurückweisungen ihr Mandat nieder und stellten damit die Funktionsfähigkeit des Parlaments in Frage.

Selbst Staatspräsident Khatami deutete die Möglichkeit eines Rücktritts an: »Wenn wir gehen, gehen wir zusammen.«⁹ Revolutionsführer Khamene'i versuchte, den Konflikt zu entschärfen, und forderte den Wächterrat auf, die Zurückweisungen zu überprüfen. Dieser ließ zwar daraufhin etwa 1500 der zunächst zurückgewiesenen Kandidaten zu, erhöhte aber gleichzeitig die Zahl der abgewiesenen amtierenden Parlamentarier auf 87. Damit riskierte er einen Affront gegen den Revolutionsführer, der sich nun nicht wie sonst in innenpolitischen Krisen als ausgleichende Kraft darzustellen vermochte. Der frühere Präsident Rafsanjani, als Vorsitzender des Schlichtungsrats¹⁰ angesichts der politischen Schwäche Staatspräsident Khatamis de facto die zweitmächtigste Persönlichkeit in der staatlichen Hierarchie, hielt sich auffallend zurück und äußerte nur, daß er früher mehr Einfluß gehabt hätte. Diese zunächst rätselhafte Aussage ist vermutlich so zu verstehen, daß die Reformpolitiker von ihm keine Hilfe zu erwarten hätten. Dies ist verständlich, denn viele der Reformer sehen in Rafsanjani den gerissenen Machtpolitiker und geben ihm Mitverantwortung für die Serienmorde an iranischen Oppositionellen im Winter 1998. Entsprechende enthüllende Andeutungen des seit 2001 inhaftierten Journalisten Akbar Ganji kurz vor den Parlamentswahlen 2000 hatten dazu beigetragen, daß Rafsanjani damals nicht einmal die für einen Sitz im Parlament notwendige Stimmenzahl erhielt.¹¹

⁹ So seine Aussage: »Zusammen bleiben wir, und zusammen gehen wir« (zit. in: Shargh, 24 Dey 1382 [24.1.2004] 115, S. 1 [Internetversion]).

¹⁰ Der 1988 von Khomeini eingesetzte »Rat zur Feststellung der Interessen des Systems« hat in Streitfällen zwischen dem Parlament und dem Wächterrat zu schlichten. Rafsanjani wurde 1997, nach seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident, Vorsitzender des Schlichtungsrats.

¹¹ Navid Kermani, Iran. Die Revolution der Kinder, München 2001, S. 191–193.

Die Krise, die sich die Islamische Republik ausgerechnet zum 25. Jubiläum der Revolution leistete, war auch eine Verfassungskrise. Der zwölfköpfige, vom Revolutionsführer Khamene'i eingesetzte Wächterrat hat als Organ der Verfassung zu entscheiden, ob Gesetzentwürfe des Parlaments der Verfassung und den Bestimmungen des Islam entsprechen. Der Wächterrat hat außerdem die Oberaufsicht über Wahlen, für deren Durchführung aber das Innenministerium verantwortlich ist; die Oberaufsicht über die Wahlen schließt die Kompetenz des Wächterrats ein, das »aktive Eintreten« der Kandidaten für das islamische System zu überprüfen. Daß die entsprechende, seit langem umstrittene Formel im Wahlgesetz viel Spielraum für Interpretationen bietet, ließ auch der Revolutionsführer erkennen, als er den Wächterrat dazu aufforderte, bei der Überprüfung der Kandidaten zwei Kriterien zu berücksichtigen: das, was üblich sei, und das, was gesundem Menschenverstand entspreche.¹²

Mangelndes »aktives Eintreten« für das islamische System aber war es, was der Wächterrat den zurückgewiesenen Parlamentariern der Reformfront vorwarf. Diese hatten sich in seinen Augen während der ausgehenden Legislaturperiode als »Extremisten« erwiesen, indem sie eine Trennung von Religion und Staat angestrebt und sich damit als »Verfassungsfeinde« entlarvt hatten. Ob die zurückgewiesenen Kandidaten der Reformbewegung tatsächlich eine Trennung von Religion und Staat anstreben, sei dahingestellt.¹³ Auf jeden Fall gehört zu ihren Zielen ein veränderter Umgang mit der Verfassung: Die auf religiöser Herrschaftslegitimation beruhenden Staatsinstitutionen sollen nicht mehr manipulativ und willkürlich zuungunsten der demokratisch legitimierten Institutionen ausgespielt werden können. Mit dieser Zielsetzung berühren die Reformer aber immer wieder die Frage der Balance zwischen den beiden Strängen

der doppelten Herrschaftslegitimation des politischen Systems.

Endkampf in der Revolutionselite?

Die Krise um die Parlamentswahlen war vielleicht die letzte große Auseinandersetzung innerhalb der Revolutionselite. Die führenden Kräfte der Reformbewegung waren ebenso aktive Revolutionäre gewesen wie die Führer der Konservativen, zum Beispiel der Vorsitzende des Wächterrats, Ayatollah Ahmad Jannati.¹⁴ Die Spitzenpolitiker der größten Reformpartei »Islamisch-iranische Partizipationsfront« gehörten zu den Führungskadern der »Studenten der Linie des Imam«, die Ende 1979 die amerikanische Botschaft besetzten.¹⁵ Die Teilnahme an der Botschaftsbesetzung können aber auch zwei der jetzt gewählten konservativen Kandidaten zu ihren »revolutionary credentials« rechnen.¹⁶

Khomeinis Charisma konnte die zum Teil höchst unterschiedlichen ideologischen und politischen Strömungen der Revolution in der Vergangenheit überdecken, und dank seiner Macht konnte er extreme Gruppen wie die Volksmujahedin und die Kommunisten ausschalten. Der achtjährige Krieg mit dem Irak (1980 bis 1988) tat sein übriges, so daß es zwischen den inneriranischen politischen Richtungen nicht zum offenen Konflikt kam. Doch nach dem Ende des Krieges und dem Tod Khomeinis 1989, als es um den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die politische Gestaltung des Landes ging, traten die Differenzen offen zutage. Insbesondere bei den Fragen des Wiederaufbaus gewannen Kategorien wie »rechts« und »links«

¹² Khamene'i's Hinweis auf das Übliche und den gesunden Menschenverstand (*'orfi va 'oqlâi*) in: Iranisches Fernsehen 14.1.2004, nach BBC Monitoring Service, 14.1.2004. Nach Ayatollah Seyyed Jaleddin Taheri, einem alten Khomeini-Vertrauten, der im Sommer 2002 nach heftiger Kritik an den Zuständen im Land und an der Macht des Klerus sein Amt als Freitagsprediger von Isfahan niedergelegt hatte, wäre Khomeini mit der jetzt vom Wächterrat praktizierten Überprüfung des aktiven Eintretens für das islamische System, der *nazârat-e esteswâbi*, nicht einverstanden gewesen; vgl. Shargh, 14. Bahmân 1382 [3.2.2004] 131 (Internetversion).

¹³ Dies gilt grundsätzlich für die säkularen nationalistischen Kräfte innerhalb der Reformbewegung, die jedoch auf eine Zulassung gar nicht erst hoffen konnten.

¹⁴ Ayatollah Ahmad Jannati, Jahrgang 1926, war seit 1963 mit Khomeini gegen die Präsenz der Amerikaner in Iran politisch aktiv; als Freitagsprediger hat er sich als Hardliner profiliert und gilt als Förderer der *Ansâr-e Hezbollâh* (Helfer der Hezbollah), die unter anderem als Schlägertruppe zur Einschüchterung reformorientierter Kräfte auftreten. Nach Ansicht Jannatis können die *Ansâr-e Hezbollâh* als »Tugendwächter« das Gesetz selbst in die Hand nehmen, wenn der Justizapparat versagt; Michael Rubin, *Into the Shadows: Radical Vigilantes in Khatami's Iran*, Washington, D.C.: The Washington Institute for Near East Policy, 2001 (Policy Papers No. 56), S. 47f.

¹⁵ Vgl. Johannes Reissner, *Iran: Vor dem Ende klerikaler Macht?*, in: Volker Perthes (Hg.), *Elitenwandel in der Arabischen Welt und Iran*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2002 (S 41/02), S. 196.

¹⁶ Zaynab Kadkhoda und Hamid Reza Katuzian nach der Liste mit den Biographien der Kandidaten der Âbâdgerân, <www.abadgaran.ir/index.asp?mode=nm>.

zur Bestimmung der Positionen Relevanz. Viele Führungskräfte der heutigen Reformbewegung gehörten den damals so bezeichneten Gruppen der »Linken« und der »islamischen Linken« an.¹⁷ Sie traten zwar für politische Liberalisierung und Demokratisierung ein, stellten sich aber gegen das Wiederaufbauprogramm des damals als Pragmatiker geltenden Präsidenten Rafsanjani; dieses Programm war eher wirtschaftsliberal und sah auch Maßnahmen der Strukturanpassung vor. Vor allem deshalb wurden die »Linken« bei der Vorauswahl des Wächterrats für die Wahlen zum fünften Parlament 1996 nicht zugelassen – insgesamt wurden etwa 1600 von ungefähr 5000 Kandidaten ausgeschlossen.¹⁸ Doch nach dem großen Wahlerfolg Khatamis 1997, an dem sie erheblich mitgewirkt hatten, gewannen die »Linken« bei den Parlamentswahlen 2000 die Mehrheit. Sie bekannten sich zur Verfassung, ließen aber zugleich erkennen, daß sie den Marsch durch die Institutionen angetreten hatten, um über Reformen eine klare Trennung zwischen Religion und Politik in den Verfahren herbeizuführen, und damit letztlich doch eine andere Republik.

In den Augen von Staatsideologen vom Schlag der Mitglieder des Wächterrats sind die Reformer mit diesem Ansinnen jedoch Verfassungsfeinde. Außerdem haben sie in dieser Sicht die Souveränität der Islamischen Republik unterwandert, indem sie sich zu Lieblingen des Westens gemacht haben. Verschärfend kommt hinzu, daß sie von dieser Warte aus das im Laufe der Revolution entstandene und später idealisierte Wir-Gefühl verraten haben. Es besaß einen schwer bestimmbareren, aber nicht ausschließlich imaginären Realitätsgehalt und vermittelte bislang bei auswärtigen Beobachtern den Eindruck eines gewissen Zusammenhalts und Ineinander-Verschlingenseins der Revolutionselite – trotz aller politischen Differenzen und der seitens der Hardliner auch vor Gewalt nicht zurückschreckenden Rivalitätskämpfe.

Der Bruch in diesem Wir-Gefühl kam besonders deutlich nach den Parlamentswahlen 2000 in der Frage zum Ausdruck, ob die Reformer noch zu den »Eigenen« gehörten oder schon als »Nicht-Eigene« zu

¹⁷ Darstellungen der politischen Fraktionen der neunziger Jahre nach den damals üblichen »links/»rechts«-Kriterien: Wilfried Buchta, Irans fraktionierte Führungselite und die fünften iranischen Parlamentswahlen, in: KAS-Auslandsinformationen, August 1996, S. 50–78; Farhang Rajaei, A Thermidor of »Islamic Yuppies«? Conflict and Compromise in Iran's Politics, in: Middle East Journal, 55 (Frühjahr 1999) 2, S. 217–231.

¹⁸ Buchta, Führungselite [wie Fn. 17], S. 69.

gelten hätten.¹⁹ Diese Diskussion intensivierte sich nach der im April 2000 von der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführten Berliner Iran-Konferenz. Hier waren organisierte Störer der iranischen Exilopposition in anstößiger Weise und mit Slogans wie »Tod der Islamischen Republik« aufgetreten. Die entsprechenden Bilder wurden dann vom iranischen Fernsehen, das fest in der Hand der Konservativen ist, zur Aufstachelung der Bevölkerung immer wieder gezeigt, um zu suggerieren, daß die Reformer im Ausland mit den Feinden der Republik zusammenarbeiten. Viele von ihnen wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet. Damals war es dem Revolutionsführer noch gelungen, als ausgleichende Kraft zu wirken. Er vereinnahmte die Begriffe »Reform« und »Demokratie«, die in der Bevölkerung noch breite Resonanz fanden, indem er positive »islamische Reformen« gegen negative »amerikanische« Reformen stellte und »Volksherrschaft auf religiöser Basis« mit »liberaler Demokratie« kontrastierte. In den zermürbenden Kämpfen mit dem Wächterrat konnte sich das Parlament letztlich nicht durchsetzen, was Khatamis Position immer mehr schwächte. Im September 2002 versuchte er mit zwei Gesetzentwürfen erstens seine verfassungsmäßige Position als Staatspräsident zu stärken und zweitens – gewiß auch im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen – die Willkür des Wächterrats bei der Zulassung der Kandidaten einzuschränken. Beide Entwürfe lehnte der Wächterrat ab. Khatami zog sie nach den Parlamentswahlen im April 2004 schließlich wieder zurück, was die Reformzeitung *Shargh* als seine »Rückkehr zum Nullpunkt« interpretierte.²⁰

Anfang 2004 sah der Wächterrat seine Chance gekommen, dank seiner Befugnis zur Zurückweisung von Kandidaten diejenigen Reformer politisch auszuschalten, die ihm als Verräter galten. Diese Chance ergab sich insbesondere vor dem Hintergrund der Enttäuschung großer Bevölkerungsteile über die Ineffizienz der Reformpolitiker und des im Verhältnis zum Sommer 2003 leicht verringerten Drucks der USA nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag im Dezember 2003.

Die Krise vor den Parlamentswahlen 2004 war möglicherweise der letzte dramatische Ausbruch der grundlegenden Differenzen innerhalb der Revolu-

¹⁹ Zur Opposition von *khodi* (»eigene«) und *ghair-e khodi* (»nicht eigene«) vgl. Johannes Reissner, Die Rolle der Rhetorik im inneriranischen Machtkampf, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2000 (AP 3140), S. 14f; Kermani, Iran: die Revolution der Kinder [wie Fn. 11], S. 167–169.

²⁰ Shargh, 26. Farvadin 1383 [14.4.2004] 165, S. 1.

tionselite. Der nächste Staatspräsident, der im Mai 2005 nach Ablauf der zweiten Amtszeit Khatamis gewählt wird, dürfte aus den Reihen der sogenannten pragmatischen Konservativen kommen, die noch zur Revolutionselite gehören. Ebenso ist damit zu rechnen, daß die entscheidenden Staatspositionen weiterhin von ihren Vertretern besetzt bleiben. Doch unterhalb dieser Ebene drängt eine neue politische Elite in Machtpositionen, die schon aufgrund ihres Lebensalters weniger als die Revolutionselite von den politisch-ideologischen und psychischen Revolutionskomplexen und ihren Schismen geprägt ist, welche nur behelfsweise in Begriffspaaren wie »links-rechts« und »religiös-säkular« zu fassen sind. Bei den Parlamentswahlen 2008 ist im großen Umfang mit einem neuen Typus von Politikern zu rechnen. Bis dahin aber werden die sogenannten pragmatischen Konservativen die parlamentarische Arbeit unter dem Schutz der konservativen Machthaber verrichten, die nun auf weniger Kritik und Widerstand des Parlaments stoßen. Laut Rafsanjani wird das neue Parlament »gemäßigter« und »ruhiger« sein.²¹ Der Stachel der revolutionären Widersprüche, der in den Auseinandersetzungen des bisherigen Parlaments immer zu spüren war, ist jetzt abgebrochen.

Das Interesse an einem »gemäßigten« Parlament sprach nicht nur Rafsanjani aus. Die Forderung nach »Mäßigung« und »Ausgeglichenheit« und nach der Vermeidung von »Extremismus« bei Reformern und Hardlinern ist von vielen Politikern und Kommentatoren sowohl von der konservativen Mitte als auch von Reformern zu hören, die zur Mitte tendieren. Dahinter steht das für Rafsanjani typische und auch sonst in Iran noch immer weit verbreitete paternalistische Verständnis von Politik sowie die Furcht vor den negativen Auswirkungen von Extremismus und Polarisierung, die die nationale Einheit zerstören und dem Ausland Angriffsflächen für politische Einflußnahme bieten. In der Tat hat sich gerade im Westen die Wahrnehmung iranischer Politik seit Khatami und dem Aufkommen der Reformbewegung wesentlich an dem polarisierenden Muster »Reformer« (die »Guten«) versus »Konservative« (die »Bösen«) orientiert, das die politische Einstellung zu Iran entscheidend geprägt hat. Ohne Zweifel haben die inneriranischen Auseinandersetzungen mehr als genug Anlaß zu dieser dichotomischen Sicht geboten. Doch die polarisierende Wahrnehmung wirkt sich in zweifacher Hin-

sicht negativ aus: Sie verstärkt die Unfähigkeit, differenzierter zu sehen, welche Politik in Iran mit seinen vielfältigen Machtzentren noch konsensfähig ist, und sie nährt das Mißtrauen der Machthaber gegenüber dem Ausland.

²¹ Interview mit ISNA am Wahltag, ISNA, 1.12.1382 [20.2.2004], Nr. 8212-0067.

Konservative Mitte – ein neuer »mainstream«?

Zwischen den pragmatischen und realistischen Konservativen oder den Angehörigen der konservativen Mitte, die bei den Wahlen gewonnen haben, und den Hardlinern wird schon seit längerem zu Recht unterschieden. Eine inhaltlich interessante Aufteilung des konservativen Lagers in drei verschiedene Gruppierungen bietet Guy Dinmore, früherer Korrespondent der *Financial Times* in Teheran:

1. **Pragmatiker:** für positives außenpolitisches Engagement, Marktwirtschaft und Milde in der Handhabung der Moralvorschriften.
2. **Traditionalisten:** teilen mit den Pragmatikern das Interesse an Marktwirtschaft, aber zugunsten der Interessen des Basars; enge Beziehungen zu den Revolutionsgarden und den Basij-Freiwilligencorps; kein Interesse an Demokratie.
3. **Hardliner:** gegen Ausweitung der Marktwirtschaft, für populistische Politik und soziale Gerechtigkeit durch Subventionen für Arme und Kriegsveteranen, aggressive Außenpolitik gegen USA und Israel.²²

Hier werden wichtige Unterschiede der Akzentsetzung innerhalb der einzelnen Gruppen des konservativen Lagers deutlich. Gleichwohl bleibt zu berücksichtigen, daß Opportunitäten je nach politischer Situation bei der politischen Zielsetzung eine wichtige Rolle spielen. Eine klare und feststehende Fraktionsbildung existiert nicht. Trotz der Zunahme politischer Parteien während der Khatami-Ära gibt es noch lange kein voll ausgebildetes Parteiensystem. Die Politik wird vornehmlich von Persönlichkeiten bestimmt. Parteien, gesellschaftliche und berufsständische Organisationen werden vom gleichen Gesetz erfaßt, ob sie nun politisch aktiv sind oder nicht. Es fehlt an hinlänglich identifizierbaren programmatischen Scheidelinien.²³ Von unterschiedlichen »Geschmäckern« zu sprechen, wie es Rafsanjani gern tut, kommt dem

geringen Grad programmatischer Ausdifferenzierung unterschiedlicher politischer Richtungen sehr nahe.

Ob man die politische Strömung, die nun die Mehrheit des Parlaments gewonnen hat, als pragmatische oder realistische Konservative oder konservative Mitte bezeichnet, ist belanglos angesichts der angedeuteten Schwierigkeit, überhaupt klar umrissene inhaltliche politische Positionen festzumachen. Die Betonung des Pragmatischen gegenüber dem Ideologischen spiegelt eher die Sicht eines Betrachters von außen. Dagegen entspricht die Kategorie »Mitte« eher dem Selbstverständnis der hier dargestellten Richtung: Ihr gelten nicht nur »radikale« Reformen als »Extremisten«, sondern auch die Hardliner.

Personen und Gruppen

Die wichtigste Persönlichkeit der pragmatischen Konservativen ist nach wie vor der frühere Staatspräsident Ayatollah Akbar Hashemi Rafsanjani Bahremani, kurz: **Rafsanjani**. Seit dem Ende seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident ist er mit dem Titel Ayatollah (zuvor Hojjatoleslam) Vorsitzender des Schlichtungsrats,²⁴ der nicht nur in Gesetzgebungsstreitfällen zwischen dem Wächterrat und dem Parlament vermittelt, sondern auch den Revolutionsführer bei der Ausarbeitung der Richtlinien der Politik berät. Rafsanjani hat seit jeher die Interessen der iranischen Handelsbourgeoisie vertreten – dabei sind die Grenzen zwischen traditionellem Klein-, Groß- und Fernhandel des Basars und der modernen Geschäfts- und Handelswelt längst ineinander verfloßen. Mit seiner Familie, seinen Kindern und Enkelkindern steht Rafsanjani im Mittelpunkt eines weit verzweigten wirtschaftlichen und politischen Netzes.²⁵ Sowohl aufgrund seines Amtes als auch seiner Vergangenheit als enger Vertrauter Khomeinis und dann als Staatspräsident unter-

²² So Guy Dinmore in einem Vortrag vor dem National Iranian American Council (NIAC) in Washington am 16.3.2004; Samir Fayaz, Dinmore on the Iranian Government: Its Future Looks Bleak, <www.niacouncil.org/pressreleases/press173.asp>.

²³ Reissner, Iran: Vor dem Ende klerikaler Macht? [wie Fn. 15], S. 202–204.

²⁴ Siehe oben, Fn. 10.

²⁵ Zur Rolle der Familie Rafsanjani im iranischen Wirtschaftsleben vgl. Kambiz Foroohar, Rafsanjanis Are Iran's Power Brokers for Investors, Blomberg online, 21.4.2004 (Internet); Rafsanjani und Handelsbourgeoisie: Ali M. Ansari, Iran, Islam and Democracy. The Politics of Managing Change, London 2000, S. 52–81.

hält er zu allen wichtigen politischen, wirtschaftlichen und religiösen Institutionen Beziehungen. Unter Rafsanjanis Ägide entstand 1996 die Partei der »Dienstleistenden des Wiederaufbaus«, die als Partei jener Technokraten gilt, die die wirtschaftspolitischen Vorstellungen Rafsanjanis zum Wiederaufbau fördern wollten. Die Partei hatte sich der Reformkoalition »Zweiter Khordad« angeschlossen, sich von ihr aber in den letzten Jahren wegen der mangelnden wirtschaftspolitischen Effizienz der Reformer und der unklaren Haltung einiger ihrer führenden Mitglieder zum politischen System immer mehr distanziert.

Hassan Rowhani ist der neue Star der pragmatischen Konservativen. Durch die Verhandlungen über die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag wurde er auch international bekannt. Rowhani hat den klerikalen Rang eines Hojjatoleslam und erwarb in England den Grad eines Doktors der Rechte. Im Obersten Nationalen Sicherheitsrat, in dem die Vertreter aller wichtigen politischen Institutionen und der unterschiedlichen politischen Strömungen Sitz und Stimme haben, hat er eine Doppelfunktion als Vorsitzender und als Repräsentant des Revolutionsführers.²⁶ Außerdem ist Rowhani Mitglied des von Rafsanjani geführten Schlichtungsrats und des 86köpfigen, alle acht Jahre direkt vom Volk gewählten Expertenrats, der den Revolutionsführer auf Lebenszeit zu wählen und laut Verfassung seine Amtsführung zu überprüfen hat. Im 5. Parlament (bis 2000) war Rowhani stellvertretender Parlamentspräsident.

Ungeachtet der beträchtlichen Zahl seiner Ämter leitet Hassan Rowhani noch das 1989 von Rafsanjani gegründete »Zentrum für strategische Forschung«, das die Vierteljahresschrift *rahbord* (Strategie) publiziert und Rowhanis Vorträge und Schriften veröffentlicht.²⁷ Unter den Mitherausgebern der Zeitschrift und den Mitarbeitern des Zentrums finden sich viele Personen, die aus der Rafsanjani-Ära bekannt sind. Gleichwohl ist in der Zeitschrift ein recht breites Meinungsspektrum vertreten. Unter den Vorträgen Rowhanis finden sich auch solche, die er vor dem Expertenrat gehalten hat. Sie vermitteln wenigstens einen kleinen

²⁶ »Repräsentant des Führers« ist eine offizielle Einrichtung, eine Fortsetzung des von Khomeini eingerichteten Amts »Repräsentant des Imam«. In allen wichtigen Einrichtungen gibt es einen Repräsentanten des Führers als direkten Verbindungsmann.

²⁷ Die Zeitschrift in Persisch und Rowhanis Vorträge in Persisch und Englisch sind über die Homepage des Zentrums (*markaz-e tahqiqât-e estrâtijik*) zugänglich: <www.csr.ir>.

Eindruck davon, was in diesem Gremium diskutiert wird, über dessen Aktivitäten ansonsten sehr wenig zu erfahren ist. Dem 2001 auch in englischer Übersetzung erschienenen Vortrag über »Legitimität und Effizienz« darf allein schon aufgrund seines Titels durchaus programmatischer Charakter für die pragmatischen Konservativen zugeschrieben werden.²⁸

Als einer der Vordenker der pragmatischen Konservativen, ohne notwendigerweise Rafsanjani näher zu stehen, gilt seit langem schon **Mohammad Javad Larijani**, Bruder des einflußreichen Chefs des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, Ali Larijani. Er wurde 1951 in Najaf als Sohn eines bekannten Klerikers geboren, hat in den USA studiert und den Grad eines Doktors der Mathematik erworben. Nach der Revolution leitete er für kurze Zeit (1981–82) den staatlichen Rundfunk, war dann stellvertretender Außenminister für Europa und Amerika (bis 1989) und in den neunziger Jahren Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments.²⁹ Seine vielen Aufsätze zu außenpolitischen Grundsatzfragen, in denen er unter anderem seit langem die These vertritt, daß die Beziehungen Irans zu den USA nicht ideologisch betrachtet werden dürften, haben ihm den Spitznamen »Henry Kissinger Irans« eingebracht.³⁰ Gegenwärtig bekleidet er die Position des außenpolitischen Beraters des Justizwesens.

Eine weitere, zusehends bedeutendere politische Persönlichkeit unter den pragmatischen Konservativen ist **Mohsen Rezai**. Der frühere Minister der Revolutionsgarden ist heute Sekretär des von Rafsanjani geführten Schlichtungsrats. Er soll hinter der – mit der Zeit recht bekannten – Nachrichtenwebseite *bâztâb* (Echo) stehen, ebenso hinter der Partei »Koalition der unabhängigen Diener Irans«.³¹ Auf einer Wahlliste dieser Partei stehen Kandidaten, die auch auf der dann für die Wahlen entscheidenden Liste der pragmatischen Konservativen der »Koalition der Kultivie-

²⁸ Dieser Vortrag war vor der Vereinigung der Freitagsprediger gehalten worden; englische Version: Hassan Rohani, An Introduction to Legitimacy and Efficiency, unter <www.csr.ir/en/index.htm>.

²⁹ Who's Who in Iran, Meckenheim 1990, S. 175.

³⁰ Gegen die ideologische Betrachtung der iranisch-amerikanischen Beziehungen wandte er sich zuletzt in einem Interview in: Shargh, 29.10.1382 [19.1.2004] 119.

³¹ Die »Koalition der unabhängigen Diener Irans« (*e'telâfe khedmatgozarân-e mostaqell-e Erân*) war zum zweiten Durchgang der Kommunalratswahlen 2003 gegründet worden; BBC Monitoring Monitoring Analysis: Iranian Parliamentary Elections, 20.2.2004 (Based on information available by 20 January 2004), BBC online: <<http://www.bbc.co.uk>>.

renden des Islamischen Iran« auftauchten, für die sich die Bezeichnung »**Abadgaran**« einbürgerte.³²

Überlappungen bei Wahllisten sind ein klares Zeichen für die unzureichend ausgebildete Parteienstruktur in Iran. Auf der Liste der 1999 gegründeten, aber erst zu den Parlamentswahlen 2004 in der breiten Öffentlichkeit in Erscheinung getretenen »Partei der Mäßigung und der Entwicklung« finden sich interessanterweise sowohl der als Reformler geltende Parlamentspräsident Mehdi Karubi als auch der Führer der konservativen Abadgaran, Gholamreza Hadad-Adel.³³ Ohne die genauen Gründe dafür zu kennen, darf das Erscheinen beider auf ein und derselben Liste als Indiz für eine breite Mitte im politischen Spektrum Irans gewertet werden. Bezeichnenderweise wies Parlamentspräsident Karubi auf einem Treffen der »Partei der Mäßigung und Entwicklung« darauf hin, daß für Wahlen Parteien mit unterschiedlichen Richtungen notwendig sind und daß Demokratie Wettbewerb braucht.³⁴ Der Partei gehören viele Offizielle der Rafsanjani-Ära an. Neben ihrem Generalsekretär Mohammad Baqer Nowbakht wird eine Tochter Rafsanjanis, Fatemeh Hashemi, als Gründungsmitglied erwähnt. Hassan Rowhani hatte auf dem Wahlkongreß der Partei die Festrede über ein »modernes Parteienverständnis« gehalten.³⁵

Die »Koalition der Kultivierenden« (Abadgaran) hatte für den Großraum Teheran dreißig Kandidaten aufgestellt, unter ihnen sieben Frauen und vier Kleriker. Viele der Kandidaten haben eine wirtschaftswissenschaftliche oder technische Ausbildung, nicht wenige studierten im westlichen Ausland.³⁶ Bei den Wahlen im Februar 2004 erhielt von den neunzehn Gewählten der Abadgaran ihr Führer, **Hadad-Adel** (Jahrgang 1946/47), die meisten Stimmen. Er ist Doktor der Philosophie, hat Schriften Immanuel Kants übersetzt und studierte unter anderem bei Ayatollah Morteza Motahheri, einem bedeutenden theologischen Vordenker der Revolution in den sechziger und siebziger Jahren. Über die bisherige politische

Karriere Hadad-Adels ist nichts bekannt, seine Tochter ist mit einem Sohn des Revolutionsführers verheiratet.³⁷

Bekannter als Hadad-Adel ist das Abadgaran-Mitglied **Ahmad Tavakkoli** (Jahrgang 1952/53), der 1993 gegen Rafsanjani und 2001 gegen Khatami als Präsidentschaftskandidat angetreten war und jeweils mit großem Abstand auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Er trägt einen Dokortitel in Elektrotechnik von der Universität Nottingham. Vor der Revolution geriet er aufgrund politischer Aktivitäten ins Gefängnis und kam dort in Kontakt mit den Volksmujahedin. Außer Ahmad Tavakkoli haben die Abadgaran keine bekannten politischen Größen aufzubieten. Sie gelten vor allem bei den Reformern als Leute der zweiten Reihe, von denen erwartet wird, daß sie im Hintergrund bleiben und die Politik der Schwergewichte – vor allem der Kleriker im Wächterrat und im Schlichtungsrat – absegnen.³⁸

Zwischen den pragmatischen Konservativen und den Hardlinern anzusiedeln sind die seit langem bekannte »Koalition der Islamischen Vereinigungen« unter Habibollah Asgharowladi, die sich auf ihrem siebenten Kongreß Anfang 2004 offiziell in Partei (*hezb*) umbenannte, und die 1991 gegründete »Vereinigung der Islamischen Ingenieure« unter **Mohammad Reza Bahonar**.³⁹ Er und der Führer der Abadgaran, Hadad-Adel, waren als Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten im Gespräch. Gelangte einer von beiden in dieses wichtige Amt, würde es zum ersten Mal von einem Nicht-Kleriker bekleidet. Angesichts des Widerstands einiger klerikaler Gruppen ist ein Kompromiß zu erwarten, bei dem Hadad-Adel Parlamentssprecher, Bahonar erster Stellvertreter und der Kleriker Mussa Qorbani zweiter Stellvertreter werden könnte.⁴⁰

Bei der »**Koalition (Partei) der islamischen Vereinigungen**«, die in den sechziger Jahren aus einer Verbin-

32 Die Liste: Keyhan, 14.2.2004, nach Akhbaar Ruz, 24 (14.2.2004) 257 (afternoon). Abadgaran: abgeleitet von *âbâd* = besiedelt, bebaut, kultiviert, blühend. »Die Kultivierenden« nach MEMRI (*The Middle East Media Research Institute*), Special Dispatch – Iran, 5.3.2004; im Englischen oft »Developers«. Der volle persische Name der Partei: *e'telâfe âbâdgarân-e Erân-e Eslâmi*.

33 ISNA, 11.2.2004, nach BBC Monitoring Service, 11.2.2004.

34 IRNA (Islamic Republic News Agency), 14.2.2004, nach BBC Monitoring Service, 14.2.2004.

35 Text: ISNA, 9.11.1382 [19.2.2004], Nr. 8211-03640.

36 <www.abadgaran.ir/index.asp?mode=nm>.

37 EU Criticises Iran Elections, BBC, 23.2.2004 (Internet).

38 So der Sprecher des »Zweiten Khordad«, Rajabali Mazroui, nach Akhbaar Ruz, 24 (29.2.2004) 270, unter Hinweis auf die Rolle des Wächter- und des Schlichtungsrats: Fariborz Raisdana, in: E'temâd (pers. Tageszeitung), 8.3.2004 (Internet).

39 Zur Entstehung der »Koalition der Islamischen Vereinigungen« (*hey'athâ-ye mo'talefeh-ye eslâmî*) vgl. Mehdy Naficy, Klerus, Basar und die iranische Revolution, Hamburg: Deutsches Orientinstitut, 1993 (Mitteilungen des Deutschen Orientinstituts, Nr. 45), S. 94–97; nach der Revolution: Wilfried Buchta, Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic, Washington 2000, S. 13–15.

40 Shargh, 14.4.2004, nach Akhbaar Ruz, 25 (14.4.2004) 10 (morning).

dung zwischen Klerus und Basar entstand und eine wichtige Rolle in der Revolution spielte, überwiegen die Hardliner-Tendenzen, die höchstens von pragmatischen Wirtschaftsinteressen gebremst werden. Ihr inoffizielles Sprachrohr allerdings, die Tageszeitung *Resâlat*, gibt sich als moderates intellektuelles Organ, das um Abgrenzung von den Hardlinern bemüht ist. Die »Koalition (Partei) der Islamischen Vereinigungen« hat keine eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern wollte sich – nach eigenem Bekunden – vor allem um die effektive Koordination der Kandidaten bemühen und unter Selbstaufopferung den Namen der eigenen Partei nicht ins Spiel bringen.⁴¹ Das heißt – eingedenk des eigenen Rufs, eher Hardliner-Tendenzen zu verfolgen –, daß man potentielle gemäßigte konservative Wähler nicht verprellen und daher lieber im Hintergrund wirken wollte.

Abgrenzung gegen Hardliner

Zwischen den pragmatischen Konservativen und Hardlinern wie auch den meisten Reformern – insbesondere denjenigen, die sich zur Wahl stellten und als Reformer der Mitte bezeichnet werden können – besteht eine grundlegende Gemeinsamkeit: Alle bejahen das Prinzip der religiösen Herrschaftslegitimation, dem vor allem die Konservativen ihre Ämter in jenen Institutionen verdanken, deren Mitglieder nicht gewählt werden. Diese Herrschaftslegitimation beruht auf dem von Khomeini formulierten Prinzip des »Herrschaftsauftrags des Rechtsgelehrten«, das seit der Verfassungsänderung von 1989 sogar als absolut gilt. An diesem Punkt aber gehen die Meinungen auseinander. Für die Hardliner bedeutet »absolut« offenbar auch, daß sie die verfassungsmäßigen Befugnisse des Expertenrats bei der Wahl des Revolutionsführers beschränkt sehen wollen und ihm das Recht streitig machen, die Amtsführung des Revolutionsführers zu überwachen.⁴²

Unterhalb der Ebene der religiösen Herrschaftslegitimation hat sich seit einigen Jahren zwischen

pragmatischen Konservativen und Hardlinern ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal herausgebildet: Für die pragmatischen Konservativen ist in der Politik schon lange das »nationale Interesse« zum entscheidenden Kriterium geworden. Das hindert sie allerdings nicht daran, den Islam als wichtigen Referenzpunkt in der Argumentation heranzuziehen. Die Hardliner hingegen stellen den Islam an erste Stelle, was zum Beispiel in der Behauptung gipfeln kann, daß Iran nur insoweit und so lange einen Wert besitzt, als in ihm der Islam herrscht.⁴³

Das nationale Interesse als Kriterium dafür heranzuziehen, welche der islamischen Prinzipien und der vielen Regelungen islamischen Rechts in konkreten Situationen Gültigkeit haben sollen, ist vernünftig, steht nicht im Widerspruch zum Islam und wurde in seiner Geschichte wie auch von Khomeini ausdrücklich praktiziert. Gleichwohl tragen die pragmatischen Konservativen mit ihrer Betonung des »nationalen Interesses« als Kriterium in der Politik zur faktischen De-Islamisierung des politischen Handelns bei. Gleichzeitig verwerfen sie aber die theoretischen Anstrengungen, ein sinnvolles Verhältnis zwischen Politik und Religion zu definieren, wie sie Reformtheologen und Philosophen in den achtziger und vor allem in den neunziger Jahren an den Tag gelegt hatten.⁴⁴

Obwohl weiterhin an der allumfassenden Geltung des Islam festgehalten wird, haben in der Praxis längst Prozesse der Ausdifferenzierung stattgefunden. Im Ergebnis wurde die faktische Geltung der Religion auf bestimmte Fragen – wie die Legitimation der nicht gewählten Herrschaftsinstitutionen – begrenzt. Die Zeit des tiefgründigen intellektuellen Ringens und der ernstesten Debatten über die Frage, wie sich das Verhältnis von Religion und Politik in Iran gestalten sollte, ist vorbei. Der politische Schlagabtausch zwischen Verfechtern unterschiedlicher Positionen in dieser Frage ist um so formelhafter und gelegentlich härter geworden. Daß die konservative Zeitung *Resâlat* im Mai 2002 den in Teheran gehaltenen Vortrag von Jürgen Habermas in voller Länge in persischer Übersetzung abdruckte, war weniger ein Ausdruck der Bereitschaft zu intellektueller Auseinandersetzung. Der Abdruck sollte vielmehr signalisieren, daß man sich vor seinem

⁴¹ So die Erklärung in der Wochenzeitung der Koalition *Shoma*, (4.3.2004) 353, nach Akhbaar Ruz, 24 (4.3.2004) 272.

⁴² Als der Abgeordnete der Reformer Ali Akbar Musavi Khomeini im Parlament den Expertenrat aufforderte, die Rolle des Führers bei den Wahlen zu überprüfen, wurde ihm seitens des Hardliner-Abgeordneten entgegengehalten, daß man diese Funktion dem Expertenrat nicht zubillige; vgl. Supreme Leader Criticism Prompts Iran Parliament Scuffles, in: Dow Jones Newswires, 8.3.2004 (Internet).

⁴³ Vgl. Ya Lesarat (Wochenzeitschrift der Hardliner), (25.2.2004) 266, zitiert nach Akhbaar Ruz, 24 (25.3.2004) 267 (afternoon).

⁴⁴ Katajun *Amirpur*, Die Entpolitisierung des Islam. 'Abdolkarim Soru'ss Denken und Wirkung in der Islamischen Republik Iran, Würzburg 2003.

Gedankengut nicht zu fürchten hat und sich mit ihm intellektuell schmücken kann.

Die faktische De-Islamisierung der politischen Zielsetzungen führt zur Entideologisierung der Politik, deren Vereinbarkeit mit den Prinzipien des Islam gleichwohl behauptet wird. Diese De-Islamisierung ist konkret bei der Frage des Verhältnisses zu den USA zu beobachten. Führende Politiker der pragmatischen Konservativen plädieren für eine unideologische und undogmatische Betrachtung der iranischen Beziehungen zu den USA. Zur Durchsetzung politischer und moralischer Verhaltensmuster im Interesse des Machterhalts hingegen wird die Religion nach wie vor benutzt. Der Schwerpunkt des Religiösen wird auf die öffentliche Moral verlagert, was faktisch einen Schritt zur Einschränkung und Ausdifferenzierung der Religion gegenüber anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen bedeutet. Entwicklungen dieser Art, die nicht nur in Iran, sondern auch in anderen islamischen Ländern seit langem zu beobachten sind, entsprechen jenen Prozessen, die im europäischen Kontext als Säkularisierung bezeichnet werden. In den Augen weiter Bevölkerungskreise Irans hat sich der Staat mit seiner offiziellen Handhabung der Religion zu einer moralisch-ideologischen Zwangsanstalt entwickelt.

In ihrer um Abgrenzung von den Hardlinern bemühten Selbstdarstellung erwecken die Abadgaran den Eindruck, eine Art religiös orientierte Volkspartei sein zu wollen. Die Bezeichnung »Konservative« mögen sie weniger; und wenn es sich schon nicht vermeiden läßt, ziehen sie die Bezeichnung Neo-Konservative vor.⁴⁵ Mehdi Kuchakzadeh hingegen, gewählter Kandidat der Abadgaran, qualifizierte die Prinzipienfestigkeit seiner Partei gegenüber den USA als Fundamentalismus.⁴⁶ Dies ist aber weniger als Bekenntnis zum Fundamentalismus zu werten, sondern vielmehr zur Prinzipientreue, was das entsprechende persische Wort (*osulgarâ*) in seiner elementaren Wortbedeutung auch abdeckt. Sich selbst als prinzipientreu gegenüber den »prinzipienlosen« Reformern zu stilisieren war

⁴⁵ Rudolph *Chimelli*, Iranisches Trauerspiel, in: Süddeutsche Zeitung, 23.2.2004, S. 4. Unklar ist, ob »Neo-Konservative« in Anspielung auf die amerikanischen Neo-Konservativen – im Sinne von »was man verdammt, fasziniert zugleich« – gebraucht wird oder nur zur Betonung des »Neuen«.

⁴⁶ Internetseite der Abadgaran, 10.12.1382 [29.2.2004], <www.abadgaran.ir/index.asp?ID=456&Mode=News&Subject=&Dnm=>.

eine wichtige Strategie im Wahlkampf der Konservativen.

Laut Amir Mohebbian, dem bekannten Chefkomentator der Zeitung *Resâlat*, sei man »an dem Punkt angelangt, an dem die Nützlichkeit der Hardliner endet. Sie werden versuchen, die Kontrolle zu behalten, aber ihre Zeit ist vorbei. Jetzt sind die gemäßigten Konservativen dran.«⁴⁷ Auf folgende interessante Weise, die aber anhand des leider nur in englischer Übersetzung zugänglichen Textes nicht in jedem Punkt verständlich ist,⁴⁸ hat Mohebbian die Gemäßigten (Vertreter der »gemäßigten Tendenz«) von den Hardlinern (Vertreter der »populistischen Tendenz«) abgegrenzt:

Gemäßigte Tendenz: Ihre Vertreter glauben an freie Wirtschaft (Marktwirtschaft) und an elitäre (nicht populistische) Demokratie und die Notwendigkeit, politische Institutionen zu schaffen. Im sozialen Bereich betonen sie Aufmerksamkeit statt der Anwendung physischen Zwanges. Sie wollen ein Minimum an Einmischung des Staates in das Privatleben der Menschen. In der Außenpolitik glauben sie an Entspannung und halten die Verwirklichung der (außenpolitischen) Ideale im Rahmen und unter Berücksichtigung rationaler Kalkulation und der objektiven Erfordernisse für möglich. Die Gemäßigten glauben an das Management jener Werte in der Gesellschaft [womit wohl Überzeugungsarbeit im Gegensatz zu Zwang gemeint ist, d. Verf.] und nicht daran, ihr die Werte, die das Establishment im Sinn hat, um jeden Preis aufzuzwingen.

Populistische Tendenz: Ihre Vertreter verteidigen die Islamische Revolution rein idealistisch. Sie wollen mit einer maximalistischen Einstellung hinsichtlich der Präsenz des Staates im politischen und gesellschaftlichen Leben die Gesellschaft mit allen möglichen Mitteln zu den Werten führen, die der Staat im Sinn hat. Im Bereich der Wirtschaft betonen die Verfechter dieser Tendenz das Konzept der Gerechtigkeit und glauben an eine halb-offene Wirtschaft [wohl Marktwirtschaft mit erheblichen staatsinterventionistischen Eingriffen, d. Verf.]. In der Politik betonen sie maximale Partizipation der Bevölkerung [worunter wohl von oben angeordnete »Partizipation« zu verstehen ist,

⁴⁷ Zit. in: Rudolph *Chimelli*, Teherans Trippelschritte, in: Süddeutsche Zeitung, 17.3.2004, S. 11.

⁴⁸ Akhbaar Ruz, 24 (24.3.2004) 266 (morning), aus *Resâlat*, 23.2.2004. Das Archiv der Webseite der Zeitung *Resâlat* ist praktisch unbrauchbar.

d. Verf.], haben aber eine sehr negative Einstellung gegenüber zivilen politischen Institutionen wie Parteien und betrachten das Parteiensystem als Schritt zur Spaltung der Gesellschaft. Im sozialen Bereich glauben sie nicht an eine trennscharfe Grenzlinie zwischen privatem und öffentlichem Leben und halten den Staat für verpflichtet, das Privatleben der Menschen anzuleiten. In der Außendiplomatie raten sie zur Verwirklichung der Ideale der Islamischen Revolution, ohne auf die Erfordernisse der Praxis Rücksicht zu nehmen.

Die **Technokraten** als dritte Gruppe haben keine theoretische Basis. Für sie sind praktische Erfordernisse die Grundlage ihrer Entscheidungen; sie wandeln ihre Positionen je nach politischen Erfordernissen. Alle Entwicklungen werden unter administrativem Gesichtspunkt und nicht im Hinblick auf politische Ideale betrachtet.

Die dargestellten Differenzen zwischen der »gemäßigten« und der »populistischen« Tendenz – zwischen pragmatischen Konservativen und Hardlinern – sind gewichtig. Der deutliche Vorwurf, die Populisten (Hardliner) wollten ihre Ideale nach innen mit Zwang und nach außen ohne Rücksicht auf die Realitäten durchsetzen, läßt die bestehenden Differenzen und zukünftigen Auseinandersetzungen erahnen. Wie es der Universitätsprofessor und bekannte politische Kommentator Sadeq Zibakalam formulierte, wissen die pragmatischen Konservativen um die Unumgänglichkeit der Reformen, die die Hardliner verhindern wollen. Sie haben den Konflikt, den die Reformer hatten, gewissermaßen übernommen.⁴⁹

⁴⁹ Akhbaar Ruz, 24 (4.3.2004) 272.

Wie geht es weiter?

Intern

Politische Entwicklung

Der Wahlsieg des breiten und inhomogenen konservativen Lagers bedeutet vor allem eine Veränderung des politischen Klimas in Iran, deren einzelne konkrete Folgen schwer bestimmbar sind. Gegenüber dem emanzipatorischen, auf die Partizipation mündiger Bürger bedachten Politikstil der Reformbewegung wird sich nun wieder ein paternalistischer Politikstil in den Vordergrund schieben. Dies kann – muß aber nicht – mehr moralische und intellektuelle Gängelung der Bevölkerung bedeuten. Besorgniserregend sind zumal die Versuche, Reformparlamentarier für ihr Verhalten im Parlament gerichtlich zu belangen.⁵⁰

Die gewählten pragmatischen Konservativen haben keine eigene Agenda, die sich von jener der Machthaber in den nicht gewählten Institutionen erkennbar unterscheiden würde. Allein schon deshalb ist von der neuen konservativen Mehrheit im Parlament, das am 27. Mai 2004 zusammentritt, kein dramatischer Politikwechsel zu erwarten. In bezug auf das Verhältnis zu den Machthabern dürfte das neue Parlament in der Tat »ruhiger« werden, wie Rafsanjani meinte, weil es mehr politische Übereinstimmung gibt.

Anders sieht es aus im Verhältnis zur bestehenden Regierung. Die neu gewählten Konservativen haben wiederholt betont, daß sie in den verbleibenden zwölf Monaten mit der Regierung Khatami gut zusammenarbeiten wollen. Doch der politische Kommentator Sadeq Zibakalam äußerte schon kurz nach den Wahlen die Vermutung, daß die Konservativen bereits vorher versuchen werden, die Schlüsselministerien zu übernehmen, insbesondere das Geheimdienst-

ministerium (intelligence) und das Innenministerium, später auch die ökonomischen Institutionen.⁵¹

Bislang gab es folgende Veränderungen im iranischen Kabinett: Der Wirtschafts- und Finanzminister Tahmasb Mazaheri wurde abgesetzt, weil die von ihm beabsichtigte Steuerreform auf den heftigen Widerstand staatlicher Firmen stieß.⁵² An seine Stelle trat am 18. April 2004 Seyyed Safdar Hosseyni. Nachfolger Hosseyni als Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten wurde Nasser Khaleqi.⁵³ Der Innenminister, Abdolvahed Musav-Lari, steht nicht zuletzt wegen seiner Kritik am Verhalten des Wächterrats bei den Wahlen schon jetzt in der Schußlinie der Hardlinerblätter. Seine Abdankung, mit der er einem Amtsenthebungsverfahren durch das neue Parlament entgegen könnte, wird fast täglich von den Medien vorausgesagt. Außerdem halten sich hartnäckig Gerüchte über die Rücktritte des Erziehungsministers Morteza Haji, des Verkehrsministers Ahmad Khorram und des Vizepräsidenten und Direktors der Management- und Planungsorganisation, Mohammad Sattarifar.

Seit den Wahlen wird das Interesse der Hardliner wieder spürbarer, die gegenwärtige Regierung durch Stimmungsmache in Schwierigkeiten zu bringen. Die von ihnen schon seit langem praktizierte Methode, heikle außenpolitische Probleme durch Hetze oder gar Aktionen zu verschärfen, wurde zum Beispiel im Fall des deutschen Botschafters angewandt – die Zeitung *Keyhan* plädierte für seine Ausweisung –, der den berühmten Dissidenten Ayatollah Montazeri besucht hatte. Khomeinis designierter Nachfolger war in Ungnade gefallen und wurde später lange Zeit unter Hausarrest gestellt, den man erst vor eineinhalb Jahren aufgehoben hatte.⁵⁴ Das offenkundige Interesse war, die diplomatischen Beziehungen zu einem der

⁵⁰ Das Parlamentspräsidium leitete allerdings die Vorladungen für Behzad Nabavi, Mohammad-Reza Khatami, Mohsen Mirdamadi, Jamileh Kadivar, Jafar Kambuzia und Jalil Sazgar-nezhad wegen der Immunität der Abgeordneten nicht weiter; vgl. *Āftāb-e Yazd*, 5.4.2004, nach *Akhbaar Ruz*, 25 (5.4.2004) 3 (afternoon).

⁵¹ Sadeq Zibakalam gegenüber der Nachrichtenagentur ILNA (Iranian Labour News Agency) am 4.3.2004, zitiert in: *Akhbaar Ruz*, 25 (4.3.2004) 272.

⁵² *Bāztāb*, 18.4.2004. Außerdem berichtete die Zeitung *Keyhan* von Unregelmäßigkeiten Mazaheris bei der Ausgabe von Geldern aus dem »Exchange Reserve Fund«, was der Minister dementierte; *Akhbaar Ruz*, 25 (18.4.2004) 13 (afternoon).

⁵³ IRNA, 18.4.2004, nach BBC Monitoring, 18.4.2004.

⁵⁴ *Keyhan*, 6.3.2004, nach BBC Monitoring Service, 8.3.2004.

wichtigen Länder Europas zu stören. Im Hintergrund standen die laufenden Auseinandersetzungen um die Atomfrage.

Ausmaß und Intensität innerparlamentarischer Auseinandersetzungen und politischer Debatten waren schon vor dem Auftreten der Reformbewegung nicht unbedeutend gewesen, hatten durch die Wahlen aber eine neue Qualität erhalten. Die Öffnung der politischen Debatte auch über grundsätzliche Fragen gehört zu den entscheidenden Errungenschaften der Reformbewegung; das Parlament war dabei ein wichtiges Forum.

Bezüglich der Gesetzgebungsarbeit des neuen Parlaments läßt sich vorerst nur folgendes vermuten: Zwar ist es den Reformern kaum gelungen, Gesetzentwürfe im Sinne des Demokratisierungsprozesses gegen den Wächterrat durchzusetzen, aber immerhin haben sie es versucht. Dadurch wiesen sie auf einige Mißstände in Iran hin, wie zum Beispiel beim Pressegesetz und bei dem Entwurf eines Gesetzes gegen die Folter. Von der neuen konservativen Mehrheit sind solche Initiativen nicht zu erwarten. Doch bislang gibt es auch keinen konkreten Hinweis darauf, daß sie die wenigen vollzogenen Demokratisierungsschritte auf institutioneller Ebene per Gesetz rückgängig machen werden. Falls der politische Wille vorhanden sein sollte, die Ansätze gesellschaftlicher Liberalisierung der letzten Jahre wieder einzuschränken, gibt es dafür auch andere Wege.

Bezeichnend für den neuen Politikstil und die neue Selbstsicherheit des konservativen Lagers ist das Dekret des Obersten Chefs der Justizbehörde, Ayatollah Mahmoud Hashemi-Shahrudi, über das Verbot der Folter.⁵⁵ Der 2001 vom Reformparlament eingebrachte Gesetzesentwurf gegen die Folter war lange umstritten und wurde schließlich vom Wächterrat abgelehnt. Nun aber wurde um den Preis des Eingeständnisses, daß in iranischen Gefängnissen gefoltert wird, die Folter per Dekret verboten.

Auch die pragmatischen Konservativen sind für Demokratie im Sinne der etwa seit dem Jahr 2000 vom Revolutionsführer akzeptierten und ins Selbstverständnis der Islamischen Republik aufgenommenen »religiösen Volksherrschaft« (*mardomsalâr-e dini*) oder »Demokratie auf religiöser Basis«. Sie betonen die Notwendigkeit der Legitimation durch das Volk in Wahlen, die sie mit Zitaten Khomeinis belegen. In den zahlreichen Debatten vor den Parlamentswahlen haben sie erkennen lassen, wie sehr ihnen an dieser

Legitimation gelegen ist. Die eingangs (S. 7) zitierte Erklärung des Revolutionsführers Khamene'i zu den Wahlen läßt die Erleichterung erkennen, daß die Wahlbeteiligung wenigstens hoch genug war, um sie – wie schon früher – zur prinzipiellen Bejahung des Systems durch die Bevölkerung umdeuten zu können. Das konservative Lager sieht Wahlen vorrangig als notwendige Zustimmung zu einem Herrschaftssystem, in dem man wählen kann, nicht als Abstimmung über eine bestimmte Politik. Was der Chefkommentator der Zeitung *Resâlat*, Amir Mohebbian, in seiner Differenzierung zwischen der gemäßigten und der populistischen Tendenz mit »elitärer« und »populistischer« Demokratie wirklich meinte (vgl. oben, S. 16), ist nicht klar. Dies bedeutet aber nur, daß die Demokratie offenbar kein Kernanliegen der »gemäßigten Tendenz« der Konservativen ist, das gegenüber den Hardlinern zu verteidigen wäre. Grundsätzlich zählen die gemäßigten Konservativen »religiöse Demokratie« zu den Errungenschaften der Islamischen Republik, mit denen man sich nach außen brüsten kann. So widersprach Mohebbian in einem anderen Kommentar der von Reformern wie auch im Westen oft aufgestellten Behauptung, daß Iran nach dem Wahlerfolg der Konservativen dem »chinesischen Modell« folgen würde, indem er darauf hinwies, daß Iran im Unterschied zum kommunistischen China demokratisch sei.⁵⁶

Wirtschaftsentwicklung

Die pragmatischen Konservativen machten schon lange vor den Wahlen (wirtschaftliche) Effizienz zu ihrem Schlagwort in der nüchternen Erkenntnis, daß die iranische Bevölkerung an der Reformregierung vor allem ihre Unfähigkeit kritisiert, die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen zu verbessern. Ihre Versprechungen im Hinblick auf Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrt sind zum Teil Platitüden wie »Wir wollen wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit« (Hadad-Adel), zum Teil treiben sie phan-

⁵⁶ Akhbaar Ruz, 24 (3.3.2004) 271 (morning). Mohammad Salamati, Generalsekretär der Organisation der Mojahedin der Islamischen Revolution hatte auf dem 7. Kongreß der Partei den von den Konservativen angestrebten »chinesischen Weg« wie folgt charakterisiert: »Extensive social freedoms [...], getting out of the international isolation and establishment of relations with the US, attraction of foreign capital, economic development and welfare and at the same time complete restriction on political rights and freedoms.« (Zit. in: Akhbaar Ruz, 25 [1.5.2004] 22 [morning].)

⁵⁵ Reuters, 28.4.2004.

tastische Blüten, wie die Behauptung des Führers der Abadgaran bezeugt: »Iran kann sich wie Japan durch eine unabhängige Aneignung von Technologie entwickeln.«⁵⁷ Sogleich machten Witze vom »islamischen Japan« die Runde, und es wurde bissig gefragt, ob denn Iran ebenso wie Japan von den Amerikanern dominiert werden solle.

Unabhängig von den Formulierungen wird die Bevölkerung das neue Parlament an den gegebenen Versprechen von Wirtschaftsentwicklung und Verbesserung der Lebensverhältnisse messen. Die wirtschaftlichen Fragen sind die wichtigste Herausforderung für das gesamte iranische Regime. Einerseits ist denkbar, daß die pragmatischen Konservativen bei der Stimulierung von Wirtschaftswachstum erfolgreicher sind. Denn jene, die jetzt die Mehrheit im Parlament stellen und höchstwahrscheinlich spätestens in einem Jahr auch die Regierungsämter innehaben werden, vertreten die Interessen der Handelsbourgeoisie und haben in Rafsanjani gerade auf diesem Gebiet einen sehr einflußreichen Fürsprecher. Rafsanjani hatte 2002 als Vorsitzender des Schlichtungsrats gegen den Wächterrat das Gesetz über die Förderung und den Schutz von Auslandsinvestitionen durchgesetzt und sich unter anderem auch für die Privatisierung von Banken stark gemacht.⁵⁸ Dem neuen Parlament dürften vorsichtige Schritte in Richtung auf Wirtschaftsliberalisierung vermutlich auch deshalb leichterfallen, weil die lästige Konkurrenz der politisch Andersdenkenden in den Institutionen und auf lukrativen Posten wegfällt.⁵⁹

57 Zitiert nach MEMRI, Special Dispatch – Iran, 5.3.2004.

58 Die Schaffung eines neuen Auslandsinvestitionsgesetzes als Ersatz für das Gesetz von 1956 war vor allem deshalb schwierig, weil Auslandsinvestitionen prinzipiell traumatische Erinnerungen an den »Ausverkauf« Irans durch Konzessionen an die Europäer Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts wachrufen. Entsprechend wurden 1979 rigide Hürden in die Verfassung der Islamischen Republik eingebaut. Der Wächterrat hatte den Gesetzentwurf mit der Begründung abgelehnt, daß Iraner benachteiligt würden. Das neue Gesetz gilt als »Schritt in die richtige Richtung«; Babak Namazi, Iran's New Foreign Investment Law and What It Means to International Oil Companies, in: Iran Energy Focus, August 2002, nach: <www.payvand.com/news/02/sep/1016.html>. Text des Foreign Investment Promotion and Protection Act (FIPPA) unter <www.salamiran.org/Economy/investment_law.html>.

59 Die vielen Klagen der Konservativen aus der Zeit nach der Etablierung des letzten Parlaments, daß die Reformier Ämter und Posten nicht nach Fähigkeit, sondern nach politischer Ausrichtung besetzen würden, lassen ahnen, daß in der

Andererseits aber bleiben hinsichtlich der strukturellen Wirtschaftsentwicklung eine Reihe grundsätzlicher Fragen offen. So sehr sich die pragmatischen Konservativen auch mit wirtschaftlicher Kompetenz und Effizienz brüsten, so ist erstens fraglich, ob ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Ziele weit genug reichen, um die gravierenden Probleme der iranischen Wirtschaft anzupacken; zweitens ob sie aufgrund ihrer Verzahnung mit den bestehenden Wirtschaftsstrukturen überhaupt daran interessiert sind, diese nennenswert zu ändern; und, drittens, ob sie selbst mit Rafsanjanis Unterstützung genügend politisches Gewicht aufbringen, um sich gegen die Macht der Hardliner in den nach wie vor bestehenden Monopolstrukturen und in den mächtigen nachrevolutionären Stiftungen durchsetzen zu können.

Allgemein wird damit gerechnet, daß sich die wirtschaftspolitische Entwicklung im großen und ganzen im Rahmen des als fortschrittlich geltenden, bis Mai 2005 laufenden Fünfjahresplans bewegen wird, der von allen relevanten politischen Kräften im Lande akzeptiert wird.⁶⁰ Eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten vier Jahre trug dazu bei, den Zugriff der Konservativen auf die Wirtschaft zu lockern. Zu nennen sind die Finanzreform von 2001, die unter anderem darauf abzielte, die Steuerbefreiung der mächtigen Stiftungen, der Bonyads, aufzuheben, die Legalisierung privater Banken und Versicherungen ab 2000, die Konsolidierung der multiplen Wechselkurse seit März 2002, wodurch Korruption aufgrund des Zugangs zu billigen Dollars für privilegierte Institutionen etwas erschwert wurde, und schließlich das »Gesetz zur Förderung und zum Schutz von Auslandsinvestitionen« von 2002, von dem man hofft, daß es Auslandsinvestitionen anzieht und damit die einseitige Abhängigkeit vom Öleinkommen etwas verringert.⁶¹

Schleppende und unausgeglichene Fortschritte in der Wirtschaftsliberalisierung werden auch für den Zeitraum des 4. Fünfjahresplans ab 2005 erwartet.⁶² Die bisherigen Schritte in Richtung Privatisierung haben sich in der iranischen Bevölkerung allerdings

Postenbesetzung ein ganz erhebliches Motiv für Blockaden der Wirtschaftspolitik der Reformier lag.

60 *The Economist Intelligence Unit*, Country Report Iran, Januar 2004, S. 3f; Fitch Ratings nach Menareport.com, zitiert in: Iranexpert.com, 24.3.2004.

61 Nach Jeannie Amuzegar, Best Analysis on Iran: Trouble in Tehran, AxisofLogic.com, 19.2.2004.

62 *The Economist Intelligence Unit*, Country Report Iran, Januar 2004, S. 4.

sehr unterschiedlich ausgewirkt. Von kleineren und mittelständischen Betrieben heißt es, daß hier schon jetzt ein ausgeprägter Sinn für Wettbewerb und Effizienz zu beobachten ist. Die Arbeiterschaft größerer Unternehmen dagegen wehrt sich schon seit Jahren in gelegentlichen Streiks verständlicherweise gegen Massenentlassungen als Folge von Privatisierungen, bei denen der Staat unrentable Produktionsstätten an Unternehmer abstößt, die nur an dem Grund und Boden interessiert sind. Am 1. Mai 2004 protestierten Arbeiter gegen die im Rahmen der Diskussion über den kommenden Fünfjahresplan bekanntgewordenen ehrgeizigen Privatisierungspläne der Regierung und die bei Privatisierungen häufig praktizierte Umwandlung von unbefristeten Anstellungsverträgen in Zeitverträge, durch die Arbeiter zu Tagelöhnern werden.⁶³

Es wird vermutet, daß auch einige staatliche Banken in die Privatisierung einbezogen werden könnten. Schon Ende April 2004 beschloß das Parlament, daß künftig auch ausländische Banken überall im Lande und nicht nur in den Freihandelszonen operieren können.⁶⁴ Ebenso wird mit weiterer Handelsliberalisierung gerechnet: Dazu gehören Steuerreformen, die Schaffung klarer Regeln für den Öl-Stabilisierungsfonds und Änderungen in den Beziehungen zwischen Staat und der Nationalen Ölgesellschaft mit dem Ziel, mehr Unabhängigkeit und größere fiskalische Transparenz zu erreichen.⁶⁵ Für diese möglichen Entwicklungen wird allerdings das Parlament nicht als treibende Kraft angesehen. Die Frage ist eher, ob es bremsend wirken wird. Ebensowenig ist zu erwarten, daß das neue Parlament darauf bestehen wird, die Stiftungen zu kontrollieren.⁶⁶ Eines der dringendsten Probleme stellt der notwendige, aber unpopuläre Abbau von Subventionen dar. Ob man hierzu bereit ist, gilt nicht zuletzt deshalb als fraglich, weil die Stimmen gerade auch der ärmeren Schichten der Bevölkerung für die im Mai 2005 anstehenden Präsidentschaftswahlen gebraucht werden.⁶⁷

⁶³ Reuters, 1.5.2004 (Internet). Sieben Anführer der nicht erlaubten Maidemonstrationen wurden verhaftet; vgl. ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions) online, 6.5.2004 (Internet).

⁶⁴ Reuters, 29.4.2004 (Internet)

⁶⁵ So Fitch Rating nach Menareport.com, zitiert in: Iranexpert.com, 24.3.2004.

⁶⁶ RFE/RL, Iran Report, 1.3.2004 (Internetversion).

⁶⁷ Mona Megalli, Nuclear Suspicion Clouds Iran's Economic Reforms, Reuters, 24.2.2004 (Iranexpert.com).

Der zweite Bereich, der für die Konservativen größte Bedeutung hat, ist die technologische Entwicklung des Landes. Die Äußerung des Führers der Abadgaran über Japan als Vorbild war nicht einfach eine verbale Fehlleistung. Vielmehr berührte sie eine alte, weit in vorrevolutionäre Zeiten zurückweisende Wunde im iranischen Selbstverständnis: die der technologischen Rückständigkeit nicht nur gegenüber dem Westen, sondern mehr und mehr auch gegenüber asiatischen Ländern und in der Atomtechnologie sogar gegenüber Pakistan. Technologieentwicklung impliziert außerdem Arbeitsplatzbeschaffung und eröffnet Perspektiven für Jugendliche. Deutlich erkennbar ist das Interesse der konservativen politischen Elite an einer modern-technologischen, aber politisch-ideologisch desinteressierten jungen Generation, der man dann auch den Discobesuch oder Freiheiten wie Händchenhalten in der Öffentlichkeit zugestehen kann. Mit diesem Gesellschaftsbild ist auch die erwerbstätige Frau vereinbar. Frauen sind während des letzten Jahrzehnts für das Funktionieren des Dienstleistungssektors unverzichtbar geworden, sie drängen immer mehr auch in technische Berufe. Allerdings ist die Arbeitslosenquote der Frauen doppelt so hoch wie jene der Männer.⁶⁸

Außenpolitisch

Das Parlament beeinflusst die Außenpolitik durch Debatten und Anhörungen, die Ratifizierung von Verträgen und, im Extremfall, durch Einleitung eines Verfahrens zur Amtsenthebung des Außenministers. Die Ratifizierung von Verträgen könnte in baldiger Zukunft im Zusammenhang mit der Atomfrage bedeutsam werden, worauf im folgenden noch eingegangen wird (vgl. unten, S. 23f). Grundsätzlich ist für die Außenpolitik des zukünftigen Parlaments festzuhalten, daß die regionale Außenpolitik und die Beziehungen zu den Nachbarn nach offiziellen Darstellungen für Iran Priorität hat und daß es in diesem Bereich im großen und ganzen Konsens gibt. Seitdem die USA und die Europäer in Afghanistan und im Irak militärisch und politisch präsent sind, haben sich jedoch regionale Außenpolitik und internationale Beziehungen wie nie zuvor eng miteinander verwo-

⁶⁸ Nach Aussage des stellvertretenden Arbeitsministers, Bakhtiaro, 21,2% gegenüber 11,8% insgesamt. Frauen besetzen 11,5% des Arbeitsmarkts landesweit, 10,2% in den größten Städten; vgl. IRNA, 9.3.2004 (Internet).

ben. Trotz rhetorischer Ausfälle gegen die amerikanische Besetzung des Irak und Afghanistans geht Teheran mit der westlichen Präsenz in einer Weise um, als würde es sich um ein quasi natürliches regionales Phänomen handeln. Man arrangiert sich mit dieser Präsenz nach ganz pragmatischen Eigen- und Sicherheitsinteressen. Hier besteht trotz gelegentlicher Polemik der Hardliner gegen das Außenministerium ein grundsätzlicher Konsens, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß der Wahlsieg der Konservativen Irans bisherige Irakpolitik verändern könnte. Die entscheidenden Differenzen, die man mit den USA und Europa hat, bewegen sich in internationalen, globalstrategischen Dimensionen – seit einem Jahr betreffen sie vor allem die Atomfrage.

USA

Seit langem ist bekannt, daß die Konservativen um Rafsanjani für eine pragmatische Verbesserung der Beziehungen zu den USA eintreten. Nicht zufällig erklärte Rafsanjani wenige Tage nach den Wahlen in einem Interview mit *Keyhan*, daß für ihn das Gespräch mit den USA nie ein Problem gewesen sei, nur sei er natürlich der Politik des Führers gefolgt.⁶⁹ Nach einer Meinungsumfrage im Sommer 2002 ist die überwiegende Mehrheit der iranischen Bevölkerung an einer Aufnahme von Gesprächen mit den USA interessiert. Dies dürfte mit einem konservativen Parlament eher zu bewerkstelligen sein, weil dann der entsprechende politische Bonus in dieser Frage von größtem nationalem Interesse den Konservativen zufiele und nicht den Reformern.

Wie die *Financial Times* Mitte März 2004 berichtete, hat Teheran seit dem Ende des Irakkrieges Washington wiederholt Gespräche über die Themen Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und Israel im Austausch für die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen angeboten; die amerikanische Administration hat sich aber einer klaren Antwort als unfähig erwiesen.⁷⁰ Gesprächsbereitschaft bedeutet für die iranische Seite Verhandlungsbereitschaft. Innenpolitisch darf dabei nie der Eindruck entstehen, daß man sich einem amerikanischen Diktat beugt. Die

⁶⁹ *Keyhan*, 5.12.1382 [24.2.2004], S. 12, zweiter Teil des Interviews mit Rafsanjani (Internetversion); auch zitiert in: AFP, 24.2.2004, doch die dortige Aussage »the leader was against it« findet sich so nicht in *Keyhan*.

⁷⁰ Guy Dinmor, US Split over Iran Bid to Restore Relations, in: *Financial Times*, 17.3.2004.

Sprache amerikanischer Politik hat allerdings in der Regel genau diesen Effekt, indem sie den Eindruck erweckt, es gehe nur um die Erfüllung amerikanischer Bedingungen. Iranische Diplomatie stellt die Schwierigkeiten im Verhältnis zu den USA gern als »Mißverständnisse« auf beiden Seiten dar, die durch Verhandlungen ausgeräumt werden könnten. Als Verhandlungspartner geachtet zu werden ist für das iranische Selbstwertempfinden äußerst wichtig, denn die Nicht-Anerkennung der Islamischen Revolution durch die USA und die 25 Jahre der (gegenseitigen) Dämonisierung haben traumatisierend gewirkt. Eine Verletzung des Selbstwertempfindens könnte leicht den Widerstand der Hardliner hervorrufen; schließlich gehört das Verhältnis zu Amerika zu den Ursachen der Revolution, in deren Verlauf der Schah als »Lakai der USA« vom Pfautron gestoßen wurde. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß auch mit einer parlamentarischen Mehrheit pragmatischer Konservativer Schritte zu einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA nicht notwendigerweise leicht sein werden.

Die gegenwärtige Motivlage des iranischen Regimes ist von einer Reihe von Faktoren bestimmt: erstens von der Einsicht in die globale Macht der USA, die Iran zudem faktisch eingekreist hat; zweitens von dem Willen, den massiven amerikanischen Druck loszuwerden, der das Regime gefährden könnte; drittens von dem Wunsch, die Sanktionen zu beenden und, viertens, durch verbesserte Beziehungen zu den USA selbst politisch und wirtschaftlich zu profitieren. Diesen Zielen im Wege steht jedoch die Neigung, die USA im Interesse der eigenen Regimesicherung weiterhin als »Großen Satan« zu ideologisieren. Der Denkmeechanismus, die USA zusammen mit dem Zionismus für alles Negative verantwortlich zu machen, das Iran widerfährt, hat sich seit 25 Jahren eingespielt. Insbesondere mit Bezug auf Israel und den Zionismus findet dieser Konnex in weiten Kreisen der Bevölkerung – und zwar auch in sonst eher pro-westlich eingestellten – durchaus Resonanz.

Hinsichtlich der Beziehungen zu den USA ist dabei allerdings zu differenzieren. Die Tatsache, daß Amerika durch Konsumkultur (Valentines-Day in Iran), Wissenschaft und sogar auch »Freiheit« eine große Anziehungskraft vor allem auf die jüngere Generation der Iraner ausübt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die iranische Bevölkerung gegenüber amerikanischer Politik sehr kritisch eingestellt sein kann. Die gelegentlich von konstitutionellen Monarchisten (Anhänger des Sohn des

Schah) und Konstitutionalisten unter den Exiliranern geäußerte Ansicht, in Iran könnten die Amerikaner erleben, was sie sich im Irak gewünscht haben – nämlich mit Rosen empfangen zu werden –, ist die Auffassung einer kleinen Minderheit.

Die Nuklearfrage

Das iranische Regime – das heißt hier: die Regierung und die entscheidenden Machtzentren wie der Revolutionsführer und der Oberste Nationale Sicherheitsrat – könnte Schwierigkeiten haben, in der Atomfrage den bisherigen Kurs der prinzipiellen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) fortzusetzen. Darauf weisen Aussagen der konservativen Wahlsieger hin. Ahmad Tavakkoli sprach von dem Geist der Unabhängigkeit und der Atomtechnik, »die sogar von uns selbst entwickelt wurde«, und davon, daß das neue Parlament die Zusammenarbeit mit der IAEA nicht unterstützen werde, wenn diese »unsere Konditionen nicht akzeptiert.«⁷¹ Im April richteten die Abadgaran, die im neuen Parlament die Mehrheit bilden werden, verschiedene Arbeitsgruppen ein, darunter eine, die sich mit Nuklearfragen beschäftigen soll. Der für die Abadgaran ins neue Parlament gewählte Hossein Nejabat, ein in den USA promovierter Atomphysiker, kritisierte, daß die iranische Seite bei den Verhandlungen über das Zusatzprotokoll zum Nuklearen Nichtverbreitungsabkommen zu früh die Option aufgegeben hätte, aus dem Abkommen austreten zu können. Damit sei man gewissermaßen mit gebundenen Händen in die Verhandlungen gegangen. Außerdem werde schon jetzt nach dem Zusatzprotokoll verfahren, ohne daß es vom Parlament ratifiziert wurde.⁷² Mit dieser Ansicht befindet sich Nejabat deutlich in der Nähe der Hardliner.

Der Leitartikel der Tageszeitung *Jomhuri-ye Eslami* am Tag des Besuchs der drei europäischen Außenminister in Teheran am 21. Oktober 2003 trug den Titel »Unterschreibt nicht dieses Dokument [das Zusatzprotokoll, d. Verf.] der Schande!« Doch damals klassifizierten iranische Offizielle diese Haltung der wichtigen Hardliner-Zeitung, die in einer polemischen Auseinandersetzung in der konservativen Webseite *bâztâb* als

»Organ der Qaida« bezeichnet wurde, als marginal.⁷³ Der Direktor der anderen wichtigen Hardliner-Tageszeitung *Keyhan*, Hossein Shariatmadari, forderte einen Tag vor der Sitzung des Gouverneursrats der IAEA am 8. März 2004 das neue Parlament auf, das am 18. Dezember 2003 von Iran unterzeichnete Zusatzprotokoll nicht zu ratifizieren, solange der Gouverneursrat eine »feindliche Haltung« gegenüber Iran einnimmt.⁷⁴ Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls durch das Parlament ist zu einem Mittel politischer Selbstdarstellung geworden, wobei es auch darum geht, gegen die amtierende Regierung Khatami zu polemisieren. Shariatmadari unterstellte in dem *Keyhan*-Artikel dem Außenministerium und seinen Diplomaten »Einfältigkeit oder gar Korruption (Gott bewahre!)« im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit der IAEA, erwähnte aber mit keinem Wort den Nationalen Sicherheitsrat und dessen Vorsitzenden, Hassan Rowhani, der in der Atomfrage der entscheidende Verhandlungsführer ist.

Die Tendenz zur Ablehnung des Zusatzprotokolls wird mit nationaler Würde und Stärke begründet. Iran solle sich nach Ansicht des erwähnten Atomexperten der Abadgaran, Nejabat, die Option des Austritts aus dem NPT (Non-Proliferation Treaty) offenhalten, um so aus einer Position der Würde und Stärke zu verhandeln. Der IAEA und Europa dürfe man nicht zuviel Vertrauen schenken. Iran habe sich um Vertrauensbildung bemüht und den Bau der Zentrifugen gestoppt, doch von Europa kämen nur leere Worte. Europa würde sich in der Atomfrage wie bei der Menschenrechtsfrage verhalten: immer neue Forderungen nachschieben.

Diese Klage, daß Europa nicht sein in der europäisch-iranischen Vereinbarung vom 21. Oktober 2003 angeblich erklärtes Versprechen über den Transfer von Nukleartechnologie einhalte, ist zu einem weitverbreiteten Topos in Iran geworden, der das öffentliche Bewußtsein bestimmt. In der Vereinbarung ist aber nur davon die Rede, daß Iran mit einem erleichterten Zugang zu modernen Technologien und Lieferungen in einer Vielzahl von Bereichen rechnen kann,

⁷³ So die Antwort von iranischen Gesprächspartnern in Teheran auf die Frage des Verfassers, welche Bedeutung diesem Leitartikel der gewöhnlich einflußreichen Zeitung zuzumessen sei. *Jomhuri-ye Eslami* als »Organ der Qaida« auf der Webseite der pragmatischen Konservativen *bâztâb*: *hamle-ye shadid-e jomhuri-ye eslâmi* be *bâztâb* [schwerer Angriff der *Jomhuri-ye Eslami* gegen *bâztâb*], 28.12.1282 [18.3.2004] 2485.

⁷⁴ *Keyhan*, 7.3.2004, nach BBC Monitoring Service, 8.3.2004.

⁷¹ MEMRI, Special Dispatch – Iran, 5.3.2004.

⁷² Abadgaran and Nuclear Affairs Group, in: Iran, 14.4.2004, nach Akhbaar Ruz, 25 (14.4.2004) 10.

sobald die internationalen Sorgen über das iranische Atomprogramm gänzlich zerstreut sind.⁷⁵ Damit ist nicht notwendigerweise auch Nukleartechnologie gemeint. Doch die Iraner gehen von dieser Annahme aus, und in Gesprächen mit iranischen Offiziellen ist immer wieder festzustellen, daß der genaue Text der Vereinbarung nicht bekannt ist.

Die Ablehnung oder zumindest Distanz der Hardliner und auch pragmatischer Konservativer gegenüber dem Zusatzprotokoll und dem NPT sagt allerdings noch wenig aus über das zukünftige Verhalten des Regimes in der Atomfrage, wohl aber darüber, worauf das Regime innenpolitisch Rücksicht zu nehmen hat. Die Haltung der Hardliner erklärt zumindest zum Teil die immer wieder von Verantwortlichen geäußerten Vorbehalte und Einlassungen wie jene von Hassan Rowhani vor dem Expertenrat: »die Welt muß akzeptieren, daß Iran die Kapazität für den Brennstoffkreislauf und angereichertes Uran auf seinem Territorium hat.«⁷⁶ Unabhängig von der hier nicht zu behandelnden Frage, ob Iran nicht doch ein Atomwaffenprogramm verheimlichen will, machen die erwähnten Äußerungen deutlich, daß es für die Iraner auch in der Atomfrage etwas auszuhandeln gilt, das vornehmlich auf dem Feld der Ehre und der nationalen Würde liegt. Dies macht die Verhandlungen um so schwieriger. Dem iranischen Gefühl, vom Westen mit immer neuen Forderungen konfrontiert und gedemütigt zu werden, steht der westliche Eindruck entgegen, Iran glaube viel Zeit (zumindest bis zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 2004) zum Herumlavieren zu haben.

Europa

Ein Interesse an den Beziehungen zu Europa besteht bei Konservativen aller Schattierungen. In diesem Sinne äußerte sich das fest in konservativer Hand befindliche staatliche Fernsehen anlässlich der Wahlen, und dies trotz seiner Warnungen und Klagen über europäische Einmischung in inneriranische Verhältnisse.⁷⁷ Für Hassan Rowhani haben »Äußerungen [der Europäer über die Wahlen, d. Verf.] keinen

grundlegenden Einfluß auf die Beziehungen Irans zu Europa und zur Europäischen Gemeinschaft.«⁷⁸ Die beiden gegenteiligen Meinungen, man solle das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Beziehungen zu den USA unter Vernachlässigung Europas legen beziehungsweise sich auf Europa konzentrieren, um die Schwierigkeiten mit den USA ignorieren zu können,⁷⁹ werden nur von Minderheiten vertreten. Der gegenwärtige Haupttrend geht dahin, sowohl gute Beziehungen zu Europa als auch eine Besserung im Verhältnis zu den USA anzustreben.

Hinter dieser Linie stehen im großen Maße Handelsinteressen. Khatamis Politik der Entspannung und Öffnung nach Europa hatte ihn für die konservative Handelsbourgeoisie akzeptabel gemacht. Das Volumen des Handels zwischen Europa und Iran hat sich den letzten Jahren stetig vergrößert und liegt derzeit bei etwa 13,5 Milliarden Euro. Für Iran stehen die Europäer als Importpartner an erster, als Exportpartner an zweiter Stelle. Von den Europäern wiederum liegt Deutschland mit seinen Exporten nach Iran an erster Stelle: 2003 überstiegen sie die 2,5 Milliarden-Euro-Marke, die Direktinvestitionen betragen rund 270 Millionen US-Dollar.⁸⁰ Deutschland besetzt nach wie vor den zweiten Platz unter den Abnehmern von Irans Nicht-Erdölprodukten. Anders sieht es mit der Bedeutung Irans als Handelspartner Deutschlands aus. 2002 stand Iran mit seinen Einfuhren im Wert von 2.236,3 Millionen Euro an 43. Stelle der deutschen Handelspartner, mit seinen Ausfuhren nach Deutschland im Wert von 320,9 Millionen Euro an 68. Stelle von insgesamt 228 Ländern.⁸¹

Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen war auch ein Motiv für Irans Entscheidung, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, wie Hassan Rowhani vor dem Expertenrat offen zugab.⁸² Außerdem habe man gehofft, durch die Zusammenarbeit mit Europa die amerikanische Drohung, notfalls auch militärisch einen Regimewechsel herbeizuführen, in eine Gelegenheit (opportunity) umzuwandeln. Das ist wohl dahingehend zu verstehen, daß man Europa als Gegengewicht zu den USA in Stellung bringen möchte.

⁷⁵ Text: <www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4014>.

⁷⁶ So Jomhuri-ye Eslami, 8.3.2004, zitiert nach MEMRI, Special Dispatch – Iran, (11.3.2004) 678.

⁷⁷ IRNA, 24.2.2004, nach BBC Monitoring Service, 24.2.2004. Ebd.: Außenamtssprecher Asefi: Europäer kennen iranische Realitäten nicht.

⁷⁸ Bâztâb, 6.12.1382 [25.2.2004], Code 2528.

⁷⁹ Paul Taylor, Iran Election May Open Way for U.S. Approach, Reuters, 26.2.2004 (Internet).

⁸⁰ IRNA, 24.2.2004 (Internet).

⁸¹ Statistisches Bundesamt (Hg.), Rangfolge der Handelspartner im Ausland der Bundesrepublik Deutschland 2002, Wiesbaden 2004.

⁸² MEMRI, Special Dispatch – Iran, (11.3.2004) 678.

Wegen der Atomproblematik pausieren die Verhandlungen über das europäisch-iranische Handels- und Kooperationsabkommen. Und sie dürften auch so bald nicht wieder aufgenommen werden, wie seitens der EU beim Besuch des iranischen Außenministers in Brüssel Anfang Mai 2004 erklärt wurde.⁸³ Das Verhalten des Wächterrats vor den Wahlen und der Wahlausgang hatten deutsche und europäische Politiker sehr kritisch als Rückschritt im Demokratisierungsprozeß bewertet.⁸⁴ Gleichwohl machten deutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter deutlich, daß man keine Strategiewende in der Iranpolitik beabsichtige, sondern zunächst abwarten wolle, welchen Kurs die konservativen Kräfte in Teheran tatsächlich einschlagen werden.⁸⁵ Großbritannien hat Iran Ende April 2004 sogar die Lieferung von Teilen für Pipelines zugesagt, die als »dual-use«-Güter gelten.⁸⁶

Allem Anschein nach wirken sich die klimatischen Veränderungen im europäisch-iranischen Verhältnis nach den Wahlen nicht auf die Handelsbeziehungen aus, möglicherweise aber auf den mit den Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen verknüpften politischen und Menschenrechtsdialog. Doch die Signale sind widersprüchlich. Einerseits heißt es, daß der Menschenrechtsdialog im Juni fortgesetzt werden soll, nachdem die Europäer bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf keine Resolution gegen Iran eingebracht hatten. Andererseits ist davon auszugehen, daß die iranischen Konservativen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber eher skeptisch eingestellt sind. Ihrer Auffassung nach wird die Menschenrechtsfrage von den Europäern in erster Linie als Druckmittel gegen Iran mißbraucht. In der Menschenrechts-

frage sind die Europäer nach Ansicht von Mohsen Reza'i gemessen an den Amerikanern zu »radikal«.⁸⁷

Daß es in Europa wieder zu einer ähnlich tiefen Kluft zwischen offizieller Iranpolitik und negativem Iranbild in der Öffentlichkeit kommt wie Mitte der neunziger Jahre, ist zwar unwahrscheinlich. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Iran und Europa nicht nur durch die Atomfrage belastet. Das Verhalten des Wächterrats vor den Wahlen hat die von den Konservativen so häufig beschworene »religiöse Demokratie« unglaubwürdig gemacht. Die für die Revolutionsfeierlichkeiten vorgesehene Freilassung der politischen Gefangenen, die wegen der Vorwahlkrise »vergessen« wurde, fand offenbar auch zum iranischen Neujahrsfest nicht statt, wie die Islamische Menschenrechtskommission in Teheran erhofft hatte.⁸⁸

83 Ahto *Lobjakas*, Iran/EU: Brussels Spurns Tehran's Efforts to Restart Trade Talks, *RFE/RL*, 5.5.2004 (Internet).

84 Der SPD-Vizefraktionschef Gernot Erler sprach von »staatsstreichartigen Aktionen« (zit. in: Richard *Meng*, Iran wird Risiko für Fischers Nahostpolitik, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.1.2003).

85 So die außenpolitischen Sprecher der SPD und CDU, Gert Weisskirchen und Friedbert Pflüger, und der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt gegenüber dem Handelsblatt; Andreas *Rinke*/Markus *Ziener*, Deutschland setzt weiter auf den Iran, in: *Handelsblatt* 24.2.2004, S. 3; auch: Ruth *Ciesinger*/Hans *Monath*, Kritischer Dialog mit Teheran soll weitergehen, in: *Der Tagesspiegel*, 24.2.2004, S. 5.

86 Hamid *Namvar*, Iran's Foreign Policy in Trouble? EU Questions Mullahs' Dismal Rights and Nuclear Policy, in: *Persian Journal Articles*, 5.5.2004 (Internet).

87 Zitiert in: *International Crisis Group (ICG)* (Hg.), Iran: Discontent and Disarray, Middle East Briefing, Amman/Brussels, 15.10.2003, S. 13.

88 IRNA, 24.2.2004, nach BBC Monitoring Service, 24.3.2004.

Schlußfolgerungen: »Tod der Reformen?« und europäische Iranpolitik

Über das »Ende der Reformbewegung« und die »Post-Reform-Ära« wird angesichts der Schwäche der Regierung Khatami schon seit längerem diskutiert. Kurz vor den Wahlen wurde der Tonfall dramatischer, man sprach nun gar vom »Tod der Reformen«. Freude über die Niederlage der Reformen herrscht nicht nur bei den Konservativen, sondern auch in manchen Kreisen der Exiliraner. Sie werfen der Reformbewegung mit Verbitterung vor, letztlich nur zum Überleben des verhaßten »Mullah-Regimes« beigetragen zu haben. Khatami ist für sie einer »von denen«, und zur Kennzeichnung des iranischen Regimes benutzen sie das gleiche undifferenzierte Vokabular wie die Bush-Administration.

Konservative der Mitte betonen, daß vom »Tod der Reformen« keine Rede sein könne. Reformen seien eben langwierige Prozesse.⁸⁹ Sie äußern sich nicht gegen Reformen, sagen aber auch nicht, von welchen Reformen die Rede ist. Die Partizipationspartei, die größte der Reformparteien, hat ein Strategiepapier veröffentlicht: Demnach wird man sich jetzt erst recht um Demokratisierung bemühen, wobei Basisdemokratie den Schwerpunkt bilden soll. Äußerungen über Wirtschaftsreformen oder Wirtschaftsentwicklung sucht man in dem Papier allerdings vergeblich.⁹⁰ Unter den Reformern wird seit langem diskutiert, daß man sich angesichts der machtpolitischen Unmöglichkeit, die politischen Strukturen und Institutionen zu demokratisieren, erst einmal um die gesellschaftliche Demokratisierung bemühen sollte. Diese Idee stützt sich auf den seit Khatami intensiv geführten Zivilgesellschaftsdiskurs und die entstandenen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, insbesondere Nicht-Regierungsorganisationen. Diese neuen Einrichtungen und die beachtliche Öffnung des politischen Diskurses werden von iranischen Reformern und manchen auswärtigen Beobachtern als Unterpfand angeführt, daß trotz des gegenwärtigen Scheiterns der Reformpolitik die Reformbewegung nicht zu stoppen sei.⁹¹

⁸⁹ Beispielsweise das ausführliche Interview mit Mohammad Javad Larijani, in: Kheradnâme, 29.11.1382 [18.2.2004] 14; 6.12.1382 [25.2.2004] 15.

⁹⁰ Textauszüge: Shargh, 14.12.1382 [4.3.2004] 143 (Internet); Bericht: IRNA, 3.3.2004 (Internet).

⁹¹ Auch RFE/RL, Iran Report, 1.3.2004 (Internet).

Der Führer der Partizipationsfront, Reza Khatami, ist sogar überzeugt, daß man in vier, spätestens acht Jahren wieder an der Macht sein werde.⁹² Im Prozeß der Öffnung des politischen Diskurses haben auch die Konservativen ihr politisches Vokabular mit Kernbegriffen der Reformbewegung wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz angereichert. Das jüngste Beispiel liefert der Revolutionsführer Khamene'i, der in seiner Ansprache zum iranischen Neujahr das kommende Jahr zum »Jahr der Verantwortlichkeit« erklärte und damit einen zentralen Begriff aus Khatamis Wahlkampf 1997 übernahm.⁹³

Die schon länger bestehende Hoffnung der reformorientierten Kreise auf gesellschaftliche Demokratisierung und Mobilisierung der Basis ist in einem größeren historischen Zusammenhang zu sehen. Seit gut hundert Jahren hat Iran immer wieder das politische Scheitern reformorientierter Intellektueller an traditionellen Institutionen der Macht und festgefahrenen ökonomischen Strukturen erlebt. Gegenwärtig sind sie vor allem mit paternalistischer Machtausübung konfrontiert, bei der die wohlwollende »Rechtleitung« des Volkes durch die Herrschenden die Emanzipation des mündigen Bürgers weit überwiegt. Nicht nur von den Machthabern, sondern auch von einem großen Teil der Bevölkerung wird das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft noch stark nach dem Muster »Herrschaft-Untertan« gesehen. Der paternalistische Zug der Herrschaftsausübung verträgt sich gut mit der Verfügung über die materiellen Ressourcen, die eingesetzt werden können, um die Bevölkerung zufriedenzustellen. Komplementär dazu steht die Religion als moralische Anstalt zur Verfügung, die bei Bedarf auch von Tugendwächtern zur Geltung gebracht wird, die mit Knüppeln bewehrt sind. Die tägliche Lektüre iranischer Zeitungen läßt schon jetzt die gewandelte Atmosphäre einer paternalistisch konservativen Geisteshaltung erkennen. Es ist aber kaum zu erwarten, daß das neue Parlament die vielen während der letzten Jahre errungenen Freiheiten in der Lebens-

⁹² So im Interview mit Al-Ahram Weekly: Iranian Reformist Leader Reza Khatami: »The Conservatives Are the Enemies of Social Freedoms«; nach MEMRI, Special Dispatch – Iran, 10.3.2004.

⁹³ ISNA, 2.1.1383 [22.3.2004], Nr. 8301-00344.

gestaltung gesetzlich zurückschrauben wird, will es Legitimitätsverluste vermeiden. Überdies ist der Einsatz von Tugendwächtern nach Bedarf und die daraus resultierende Unsicherheit der Bevölkerung über das, was sie darf, ein weitaus effektiveres Kontrollmittel. Außerdem fragen sich angesichts der fortschreitenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit in den letzten Jahren nicht wenige iranische Intellektuelle, welche Freiheiten denn überhaupt noch übriggeblieben sind, die beschränkt werden könnten.

Die Begeisterung für politische Reformen, die einst Khatami zum überwältigenden Wahlsieg verhalf, ist dahin. Viele der jungen Wähler von damals müssen jetzt Familien ernähren und haben andere Prioritäten und Lebensziele. Die Lebensstile und Perspektiven haben sich in Iran – nicht zuletzt unter Globalisierungseinflüssen – diversifiziert. Vermutlich engagieren sich heute weitaus weniger Studenten für politische Veränderungen als für ein Studium in einem aussichtsreichen wirtschaftswissenschaftlichen oder technischen Fach. Angesichts dieser Tendenzen warf der Leiter des den Präsidenten beratenden »Zentrums für Strategische Studien« (*markaz-e barrasihâ-ye estrâtijik*), Tajiki, die Frage auf, ob die Jugend überhaupt Reformen wolle.⁹⁴

Die Krise um die Wahlen hat erneut die besonderen Schwierigkeiten deutlich werden lassen, vor denen Demokratiebewegungen in Staaten stehen, deren Regime aufgrund externer Finanzzuflüsse (im Falle Irans die Erdölrente) eine beachtliche relative Autonomie gegenüber der Bevölkerung haben. Gerade die bisherige iranische Entwicklung – unter anderem deshalb verdient sie Aufmerksamkeit – zeigt aber auch: Trotz aller Schwierigkeiten ist Rentierstaatlichkeit nicht als schicksalhafte Totalblockade von Demokratisierungsprozessen und Reformbemühungen aufzufassen, selbst wenn in der Niederlage der Reformpolitiker die Macht rentierstaatlicher Strukturen und Verhaltensmuster zum Tragen kommt. Das Interesse der pragmatischen Konservativen an Wirtschaftswachstum beinhaltet nicht automatisch das Interesse, diese Strukturen aufzubrechen.

Die arrangierte Wahlniederlage der Reformen und die Krise um die Wahlen tangieren auch die europäische und deutsche Iranpolitik. Die Folgen betreffen weniger die allgemeinen europäischen Interessen an Iran und die generellen Möglichkeiten europäischer

Iranpolitik,⁹⁵ als vielmehr die Art und Weise des Umgangs mit Iran. Die Europäer stehen vor einer neuen Situation. In den diplomatischen Beziehungen könnte sogar, wie ein europäischer Diplomat in Teheran kurz nach den Wahlen äußerte, insofern eine Erleichterung eintreten, als man nun nicht mehr mit Reformern in offiziellen Positionen zu reden hat, in den wichtigen Sicherheitsfragen aber letztlich doch mit den konservativen Machthabern im Hintergrund verhandeln muß.⁹⁶ Khatami und die Reformbewegung sorgten bisher zwar für ein recht gutes Beziehungsklima und erwiesen damit in der Tat ihrem Land einen großen Dienst, doch die tatsächlich entscheidenden Machthaber waren schwer zugänglich. Diese Diskrepanz könnte weitgehend überwunden sein.

Es bleibt jedoch die Frage, wie sich die Europäer, die Fortschritte in den Reformprozessen zur Voraussetzung ihres Engagements in Iran gemacht haben, nun verhalten wollen. Hier ist zunächst eine weltanschaulich-psychologische Dimension von Bedeutung, die sich im Zusammenhang mit der Wahlkrise einmal mehr sehr deutlich zeigt: Generell stehen die Reformen Irans in ihrem politischen Denken den Europäern näher als die Konservativen. Dieser Umstand wird dadurch problematisch, daß die konservative Seite in Iran argwöhnt, die Europäer würden im Grunde genommen wie die Amerikaner auf einen Regimewechsel hinarbeiten. Auch wenn die Europäer eine aktive Politik des Regimewechsels ablehnen, wünschen sie sich in der Regel wohl doch ein anderes Regime. Diese Haltung wird in Iran gespürt, wobei sich die entsprechenden Empfindungen noch mit dem Trauma der Nichtanerkennung der Revolution durch die USA vermischen. Diese politisch-psychologische Gemengelage birgt schon genügend Schwierigkeiten, wird aber zusätzlich noch vom Faktor Islam verkompliziert. Der Wächterrat hielt die wichtigen Reformpolitiker mit der Begründung von den Wahlen fern, sie wollten als Säkularisten das System stürzen. Diese Argumentation wurde ihm nicht zuletzt auch durch all jene Artikel westlicher Medien erleichtert, die Säkularisierung als Lösung der iranischen Probleme propagieren. Die positiven Entwicklungen in den Beziehungen zu Iran, die unter anderem auch auf der Bereitschaft beruhten, Khatamis Idee vom Dialog auf-

⁹⁵ Johannes Reissner, Iran nach dem Irakkrieg, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2003 (S 25/03); ders., Europas Beziehungen zu Iran, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2004) B9, S. 48–54.

⁹⁶ »Westliche Diplomaten blicken gelassen auf Wahl«, ZDF heute-online, 20.2.2004.

⁹⁴ Will die »Dritte Generation« Reformen durchführen?, in: Yas-e Now, 21. Mehr 1382 [13.10.2004], S. 5.

zugreifen, wurden insbesondere nach dem 11. September allzuoft dadurch ins Gegenteil gekehrt, daß man dem Islam den Weg der Aufklärung empfahl.

Iran hat in der Krise um die Wahlen viel von seinem Ansehen als ein Land verloren, das von innen heraus um Demokratie ringt. Dies mag bei vielen Europäern die Bereitschaft zum Engagement in Iran mindern. Dabei ist das Gegenteil dringend nötig: die intensive Pflege der Beziehungen. Nur durch intensive Beziehungen ist es möglich, die eigenen Standpunkte in der notwendigen Breite der iranischen Seite klarzumachen und ein Bild von ihren Interessen und Zielen zu gewinnen. Iran war und ist für Europa aus wirtschaftlichen Gründen und für die langfristige Energiesicherheit interessant und wichtig. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Entstehung der neuen unabhängigen Republiken im Kaukasus und in Zentralasien kam regionale Stabilität als wichtiger Aspekt der Bedeutung Irans hinzu. Die Reform- und Demokratiebewegung machte Iran obendrein zu einem beachtenswerten entwicklungspolitischen Sonderfall in der Region. Heute aber ist zu fragen, ob die Reformbewegung, auf die viele eigene entwicklungspolitische Idealvorstellungen projiziert wurden, nicht dazu verleitet hat, sich auf den Kampf zwischen Reformern und Konservativen zu fixieren und sich zu wenig um Iran als Ganzes und um die Grundanliegen iranischer Politik und ihre Dynamiken zu kümmern.

Im Ergebnis dieser Überlegungen ist zu empfehlen, der neuen Lage in Iran nicht mit Resignation über die abgedrängte Reformbewegung zu begegnen, sondern eher mit einer Haltung des »jetzt erst recht«. Die pragmatischen Konservativen repräsentieren mit ihren paternalistischen Macht- und Wirtschaftsinteressen wahrscheinlich mehr von dem, was gegenwärtig in Iran an Entwicklung möglich ist. Deshalb wäre gerade mit ihnen ein intensiver Dialog zu führen über grundlegende Fragen der Wirtschaftsentwicklung, die Reform iranischer Wirtschaftsstrukturen, die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen, die Erfordernisse des Energiesektors und ihre Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten. Ungeachtet der Etiketten »Reformer« oder »Konservativer« wird man fragen müssen, welche Probleme als drängend identifiziert werden und wie man sich ihre Lösung vorstellt. Im Menschenrechtsdialog könnte durch mehr Kontinuität und Stetigkeit in der Nominierung der europäischen Dialogteilnehmer mehr Intensität und Effektivität erreicht werden.

Die Europäer müssen die Vielfalt ihrer Beziehungen zu Iran in unterschiedlichen Bereichen und zu den

verschiedenen Segmenten der iranischen Bevölkerung nutzen, um ein möglichst umfassendes Bild davon zu gewinnen, wo und wie sich positive Entwicklungen fördern lassen und Kooperation möglich ist. Dies ist gerade auch für Irans zugeschriebene Rolle als Anker der regionalen Stabilität wichtig. Auch wenn die Nuklearfrage gegenwärtig ein zentrales Problem in den europäisch-iranischen Beziehungen darstellt, darf sie die europäische Iranpolitik nicht zu einer »single issue«-Politik verengen. Die Vielfalt der europäischen Beziehungen zu Iran – zusammen mit dem prinzipiell breiten und positiven Ansatz europäischer Iranpolitik – muß auch in der eigenen Öffentlichkeit stärker deutlich gemacht werden. Insgesamt könnte es von Nutzen sein, sich das eigentlich Selbstverständliche bewußt zu machen: Die Stärkung des konservativen Lagers durch die Parlamentswahlen bedeutet zwar einen Rückschlag für die Reformpolitik, aber sicher nicht das Ende der Entwicklung Irans und auch nicht der schwierigen und widerspruchsvollen Reformprozesse.

Abkürzungen

AFP	Agence France-Presse
BBC	British Broadcasting Corporation
EU	Europäische Union
FIPPA	Foreign Investment Promotion and Protection Act
IAEA	International Atomic Energy Agency
ICFTU	International Confederation of Free Trade Unions
ICG	International Crisis Group
ILNA	Iranian Labour News Agency
IRNA	Islamic Republic News Agency
ISNA	Iranian Student News Agency
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
MEMRI	The Middle East Media Research Institute
NIAC	National Iranian American Council
NPT	Non-Proliferation Treaty
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty